

Überblickspublikation

Zwei Jahre Corona-Pandemie: die gesammelten Analysen

Inhalt

2 / Einleitung

3 / Diese 3 Lücken hat uns Corona aufgezeigt

4 / Fazit

5 / Wirtschaft

17 / Arbeitsmarkt

26 / Gesundheit

33 / Klima & Umwelt

36 / Gender

47 / Quellen

/ Autor:innen: Ökonom:innen des Momentum Instituts

/ März 2022

/ Die Corona-Pandemie hat die Welt seit dem Ausbruch vor zwei Jahren im Jahr 2019 in eine beispiellose Gesundheits- und Wirtschaftskrise befördert. Weltweit forderte das Virus mehr als 6 Millionen Tote und unzählige Menschen leiden nach wie vor an den (Langzeit)Folgen einer COVID-19 Erkrankung. In Österreich wurden seit Ausbruch der Krise mehr als 14.000 Tote gemeldet, insgesamt wurden seit Februar 2020 rund 2,5 Millionen Menschen positiv auf das Virus getestet.

/ Auch die wirtschaftlichen Folgen der Krise waren verheerend: Zeitweise waren über eine halbe Million Menschen in Österreich arbeitslos, trotz Kurzarbeit. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im Jahr 2020 um 6,7 Prozent, Lockdowns und Lieferengpässe stellen Betriebe und Beschäftigte bis heute vor große Herausforderungen.

/ Das Momentum Institut hat seit Ausbruch der Corona-Krise zahlreiche Berechnungen, Analysen und Grafiken erstellt, die die Auswirkungen von Corona auf die Gesellschaft, die Vielen, das Klima und die Wirtschaft verdeutlichen. Dieses Dokument bietet einen Überblick und liefert drei Learnings, was wir nach der Pandemie besser machen müssen.

/ Diese 3 Lücken hat uns Corona aufgezeigt:

1. Die Reproduktionsarbeit hängt nach wie vor zum Großteil an Frauen: Schutz für Frauen und Ausbau der Kinderbetreuung wichtiger denn je

Kinderbetreuung und Homeschooling während der Schulschließungen, Pflege von Angehörigen und Reproduktionsarbeit im Allgemeinen – all das haben während der Pandemie mehrheitlich Frauen geleistet. Nicht zu vergessen der hohe Frauenanteil in den klassischen Systemerhalter:innenberufen. Kurz: viel Leistung für wenig Geld. Frauen haben die Krise mehrheitlich gestemmt, aber gleichzeitig mehr an Einkommen verloren. Diese Schieflage müssen wir nach der Pandemie endlich beheben. Dazu braucht es:

- / Sicherstellung von flächendeckenden, umfassenden und kostenlosen
- / Verpflichtende Väterkarenz
- / Ausbau der öffentlichen Beschäftigung in systemrelevanten und gesamtwirtschaftlich sinnvollen Bereichen bei einem Mindestlohn von EUR 1.800 brutto
- / Höhere Bewertung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten

2. Unternehmen wurde großzügiger geholfen als Arbeitslosen: Schutz vor Armut muss endlich gewährleistet werden

Die Devise „koste es was es wolle“ traf in den letzten beiden Jahren nur teilweise zu. Während es für Arbeitslose, trotz größter Arbeitsmarktkrise seit Jahrzehnten lediglich Einmalzahlungen gab, flossen mehr als EUR 12 Mrd. direkt an Unternehmen. Durch die schlechte Auskonzipierung der Hilfsinstrumente kam es so vielerorts zu Überförderung und Gewinnsubventionierung über Steuergeld. Demgegenüber stehen 18 Prozent der Menschen in Österreich, die an oder unter der Armutsgefährdungsschwelle leben. Um hier für einen besseren Ausgleich zu sorgen braucht es:

- / Erhöhung Arbeitslosengeld auf 70 Prozent Nettoersatzrate
- / Armutsfeste Sozialleistungen
- / Corona-Gewinnsteuer für Unternehmen, die trotz staatlicher Hilfe Gewinne erzielten

3. Benachteiligungen im Bildungssystem verdeutlicht: von gleichen Voraussetzungen sind wir weit entfernt

Lockdowns und Homeschooling haben verdeutlicht, wie ungleich die Voraussetzungen in unserem Bildungssystem sind. Von der Volksschule bis zur Universität: Wer einen stärkeren finanziellen Hintergrund hat, tat sich leichter, diese zwei schwierigen Jahre zu meistern. Sei es die mangelnde schulische Unterstützung zu Hause, der fehlende Lernplatz, oder der Wegfall des Nebenjobs – hier müssen wir künftig verstärkt denen unter die Arme greifen, die es nötig haben.

- / Längere Betreuungszeiten und Ausbau Kinderbetreuung generell
- / Bildungsbezogene Familienbeihilfen so gestalten, dass alle Einkommensgruppen profitieren
- / Aufwertung der Elementarpädagogik

/ FAZIT:

Die Krise bezahlen die Vielen

Die Coronakrise hat auf vielen Ebenen Ungleichgewichte erzeugt und bestehende verdeutlicht. Die staatliche Unterstützung erfolgte zwar rasch, setzte aber mitunter die falschen Schwerpunkte. Über die Hälfte der öffentlichen Hilfgelder kamen bislang Unternehmen zugute. Frauen, Arbeitslose und Haushalte an oder unter der Armutsgefährdungsschwelle verloren hingegen sogar an Einkommen. Die Finanzierung Hilfsprogramme erfolgt jedoch zu drei Vierteln über Steuern und Abgaben auf Arbeit und Konsum. Mittel- und langfristig gilt es an den Stellschrauben unseres Steuersystems zu drehen. Hier müssen endlich Vermögen und große Unternehmen einen stärkeren Beitrag leisten, um den Faktor Arbeit zu entlasten. Das galt bereits vor der Pandemie, ist für eine gerechte Verteilung der Krisenkosten aber umso unerlässlicher.

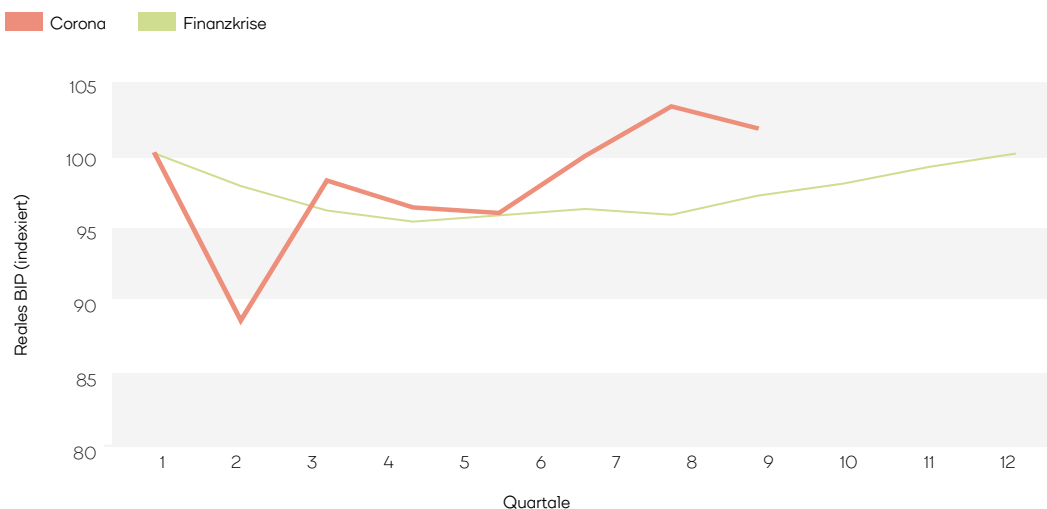
„Koste es was wolle“ traf nicht für alle zu

Als Reaktion auf die Corona-Pandemie wurden weltweit Billionen Euro in die Hand genommen, um Arbeitsplätze zu sichern, die Wirtschaft über Wasser zu halten und den Gesundheitssektor krisenfester zu machen und zu stützen. Vor allem die USA haben Billionen von Dollar an Hilfgeldern in die Wirtschaft gepumpt. Auch in Österreich wurden Milliarden aufgewendet: die Hilfen wurden für den Zeitraum zwischen 2020 und 2024 dotiert und teilen sich in drei große Bereiche. Das Instrument Kurzarbeit, das Millionen von Arbeitsplätzen gesichert hat, wurde mit 19 Milliarden Euro gestützt, die COFAG-Mittel mit 12 Milliarden Euro und die COVID-19 Investitionsprämie mit 7,8 Milliarden Euro. Unterstützungsleistungen wurden also in vielen Bereichen eingesetzt, vor allem kamen sie aber Unternehmen zugute. Hier kam es mit dem Gießkannenprinzip oftmals zu Überförderungen. Nichtsdestotrotz war eine expansive Budgetpolitik der Schlüssel zum raschen wirtschaftlichen Nachkrisenaufschwung.

Im Vergleich zu vorherigen Krisen, wie etwa der Großen Rezession, hat sich die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt vielerorts rasant erholt und die durch die Pandemie verursachte Rezession war (vor allem in den USA) die kürzeste seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Lehre, die wir daraus ziehen: Gezielte, expansive Budgetpolitik als Schutzschild gegen künftige Krisen wirkt.

Der wirtschaftliche Aufschwung hat mittlerweile eingesetzt. Die Arbeitslosenzahlen kehren zurück auf ein Vorkrisenniveau (wenngleich auch die Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin ein Problem bleibt), die Wirtschaft erholt sich von den Lockdowns. Die wirtschaftliche Erholung verläuft vor allen Dingen um einiges rascher als das bei der Finanzkrise 2008/09 der Fall war. Während der Weg aus der Rezession vom Ausgang der Finanzkrise fast 12 Quartale dauerte – also knapp 3 Jahre – war das bei der Corona-Krise bereits nach 6 Quartalen der Fall – in der Hälfte der Zeit. Deutlich wird auch, dass der wirtschaftliche Einbruch durch den Ausbruch der Corona-Krise drastischer war als bei der Finanzkrise. Ein tiefer Fall, allerdings mit raschem Aufschwung bei Corona steht einem lang gestreckten, schleppenden Aufschwung nach weniger starkem Tief bei der Finanzkrise gegenüber.

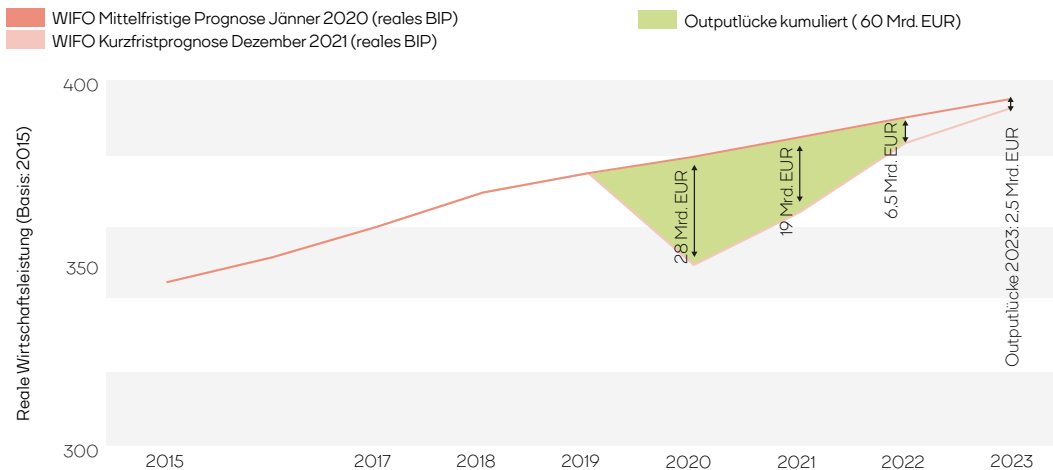
Corona-Krise: Wirtschaftliche Erholung fast doppelt so schnell im Vergleich zur Finanzkrise



Quelle: OECD, Quarterly National Accounts

Umso wichtiger wird es für Österreich sein, diesen raschen Aufschwung nicht zu früh wieder durch Sparmaßnahmen abzuwürgen. Die Fehler, die im Zuge der Finanzkrise 2008/09 in Form einer strengen Austeritätspolitik begangen wurden, müssen dieses Mal und vor allem in künftigen Krisen vermieden werden. Das günstige Zinsumfeld ermöglicht eine expansive Fiskalpolitik, die nötig ist, um die Outputlücke, also die Abweichung der tatsächlichen von der potenziellen Wirtschaftsleistung über die Jahre 2020 bis 2023 von 60 Milliarden Euro zu schließen und bleibende wirtschaftliche Schäden abzuwenden.

Mittelfristprognose Jänner 2020 vs. Konjunkturprognose Dezember 2021



Quellen: WIFO Mittelfristprognose Jänner 2020 & Kurzfristprognose Dezember 2021, Eigene Berechnung

MOMENTUM
/INSTITUT

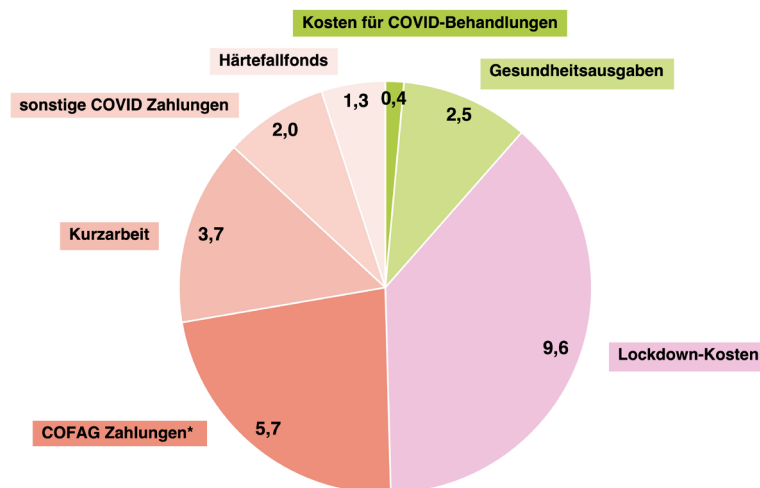
/Corona-Kosten im Jahr 2021

Jänner 2022

Das Jahr 2021 ist zu Ende, die Corona-Pandemie leider nicht. Neben gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung, denen kaum ein monetärer Wert zugeschrieben werden kann, haben zahlreiche Lockdowns, Gesundheitsausgaben und Corona-Hilfen wie Unternehmenshilfen oder Kurzarbeit Österreichs Wirtschaft und das Gesundheitssystem schwerwiegend belastet. Die Gesamtkosten, die die Pandemie im Jahr 2021 für Österreich verursacht hat, belaufen sich auf rund 25 Milliarden Euro. Der Löwenanteil entfällt dabei auf die Lockdown-Kosten: insgesamt wurden im Jahr 2021 rund 9,6 Milliarden Euro an Wertschöpfungsverlust in Kauf genommen. Weitere 5,7 Milliarden Euro wurden allein für COFAG-Maßnahmen bezahlt, darunter Fixkostenzuschüsse, Lockdown-Umsatzersatz, Ausfallbonus und weitere Unternehmensstützende Maßnahmen. Die Ausgaben für Krankenhausbehandlungen von COVID-Patient:innen sind dabei mit rund 400 Millionen Euro im Vergleich niedrig.

Corona-Kosten bei rund 25 Milliarden Euro im Jahr 2021

Der Löwenanteil wurde für Lockdowns und Corona-Hilfen ausgegeben



Quelle: Budgetdienst 2021, BMF, AGES, Gesundheit Österreich GmbH, WIFO, eigene Berechnungen
Anmerkung: COFAG Zahlungen beinhalten Fixkostenzuschüsse, Lockdown-Umsatzersatz, Verlustersatz, Ausfallbonus, etc. Sonstige COVID-Zahlungen beinhalten NPO-Fonds, Überbrückungsfonds, sonstige Auszahlungen aus dem Krisenbewältigungsfonds. (Stand: 15.12.2021)

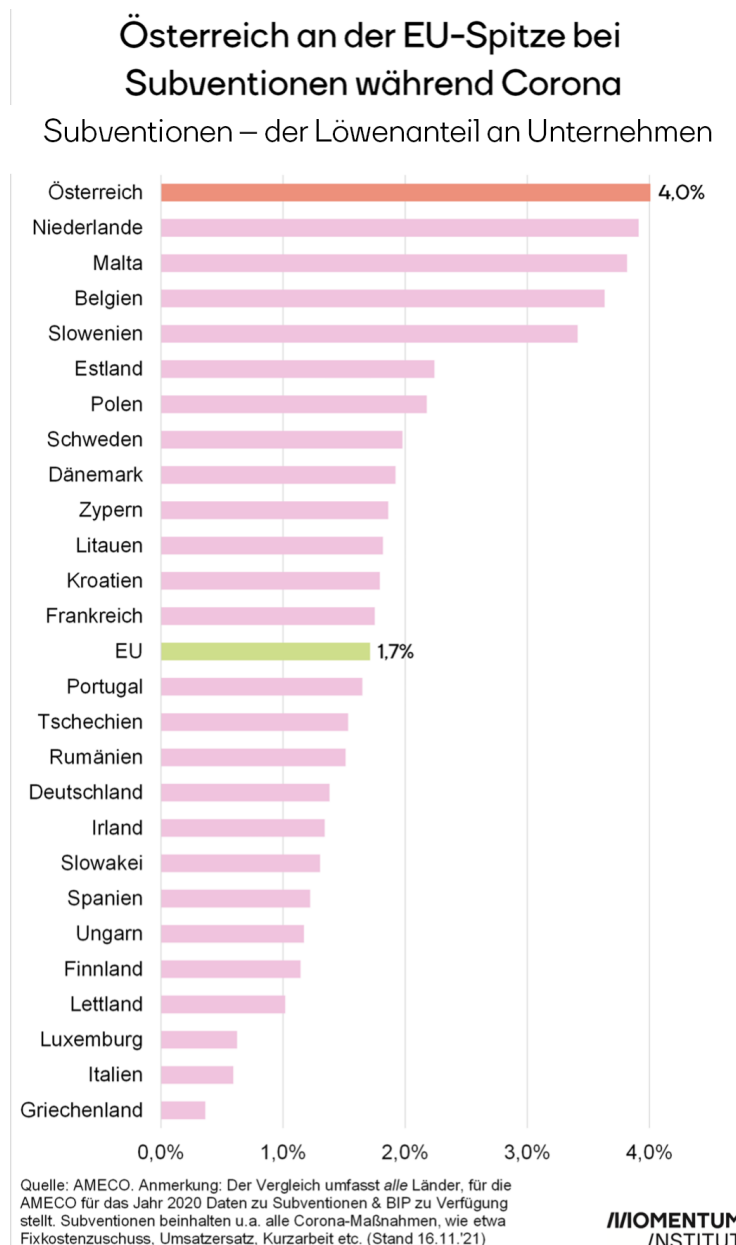
/// MOMENTUM
INSTITUT

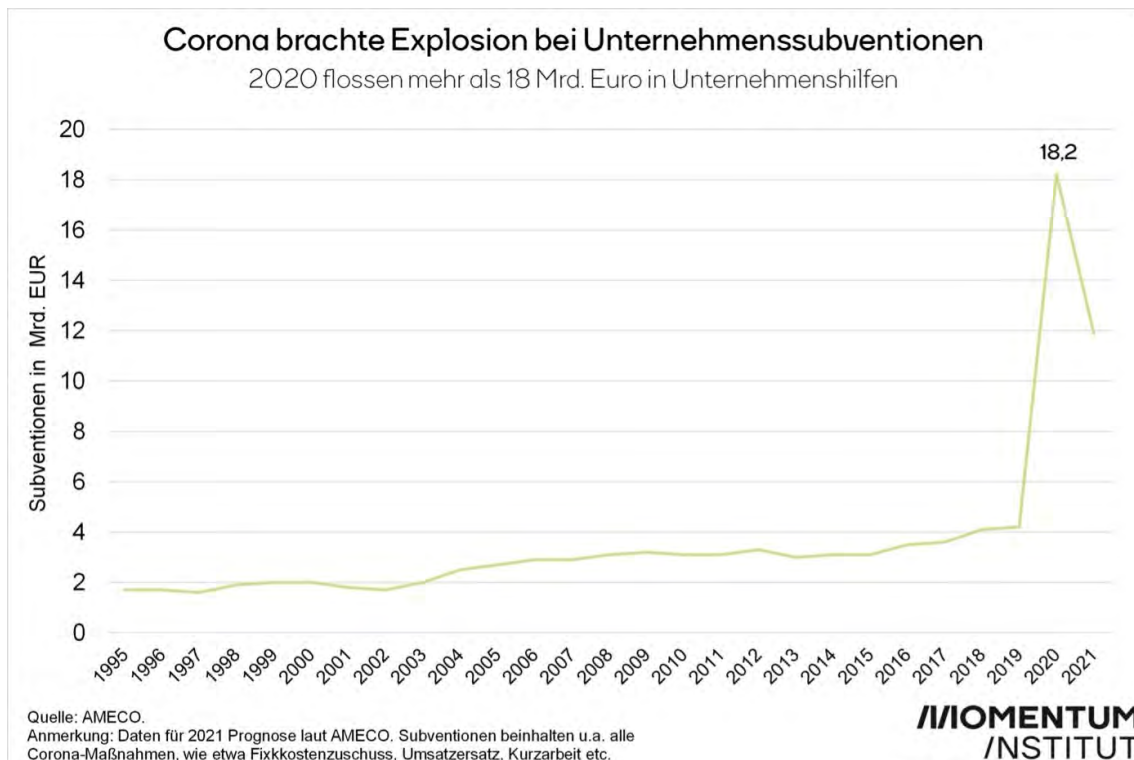
/Unternehmenshilfen I.

Juni 2021

In keinem anderen Land der EU wurden im Jahr 2020 gemessen am BIP so viele Subventionen an Unternehmen ausbezahlt wie in Österreich. Die hohe Gesamtsumme bedeutet aber nicht, dass auch wirklich allen geholfen wird. Stattdessen ist es teilweise zu Überforderungen kommen. Rund 4 Prozent des österreichischen BIP gingen im Jahr 2020 als Subventionen an Unternehmen. Das liegt weit über dem EU-Durchschnitt von 1,7 Prozent, wie aus Daten der AMECO-Datenbank hervorgeht. Auch in Deutschland waren es nur 1,3 Prozent - fast ein Viertel im Vergleich zu Österreich.

In absoluten Zahlen wurde so ein Rekordhoch von 18,2 Milliarden Euro an Unternehmen gegeben - 4,3-mal so viel wie im Vorjahr. Die Unternehmenssubventionen waren damit rund 12-mal so hoch wie Ausgaben für Umweltschutz, und etwa gleich hoch wie Ausgaben für den gesamten Bildungssektor (19,4 bzw. 1,6 Mrd. Euro in 2020 laut Statistik Austria: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oef-fentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/staatsausgaben_nach_aufgabenbereichen/034704.html).





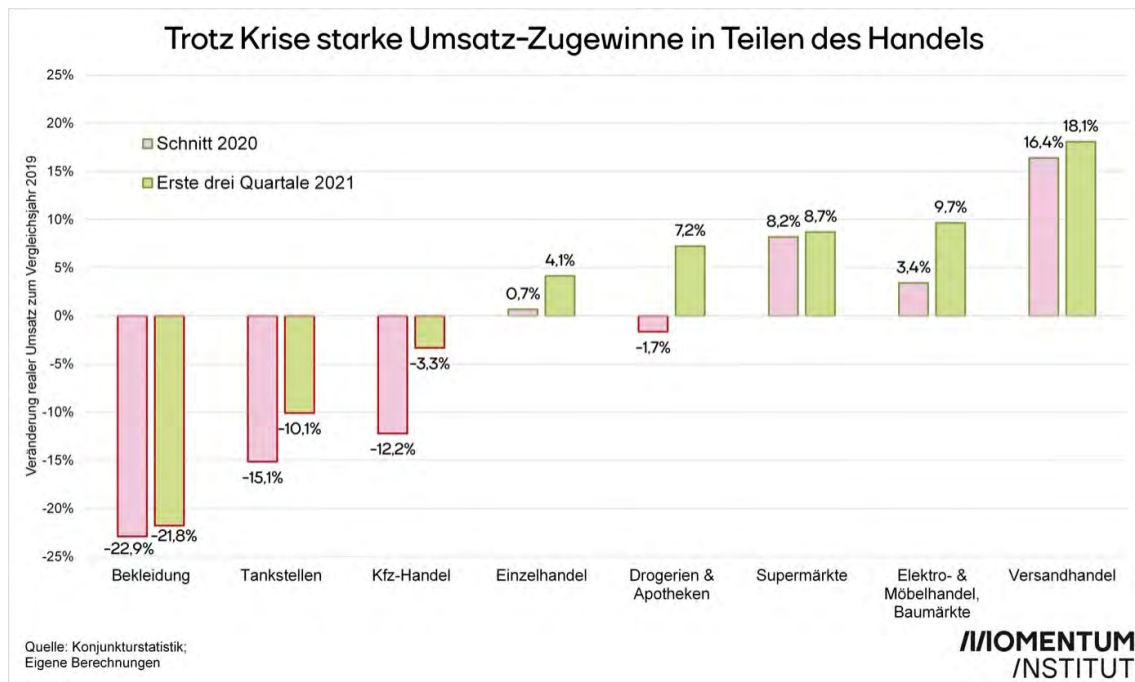
Die Daten der Unternehmensförderung beinhalten laut Statistik Austria die zahlreichen Corona-Hilfen, die an österreichische Unternehmen geflossen sind - wie etwa Fixkostenzuschuss, Umsatzerersatz und Kurzarbeitsgelder. Nicht enthalten sind hingegen Steuerstundungen und Garantiezahlungen, die indirekt subventionieren bzw. erst in den kommenden Jahren fällig werden. Laut Budgetdienst-Vollzugsanalyse wurden von Januar bis Dezember 2020 (Stand Mai 2021) Kurzarbeitshilfen von rund 5,5 Milliarden Euro ausbezahlt. Von den 18,2 Milliarden Euro ging der Großteil also tatsächlich an die Unternehmen selbst.

Die Zahlen und allen voran der EU-Vergleich zeigen, dass Österreichs Anti-Krisen-Programm einseitig auf Unternehmenshilfen aufgebaut ist, während Hilfen für Arbeitnehmer:innen im Verhältnis zu kurz kommen. Das zeigt die Analyse des Momentum-Instituts, wonach nur etwas mehr als ein Drittel der Corona-Hilfen an Arbeitnehmer:innen und Familien geht, während mehr als jeder zweite von zehn Euros an Unternehmen und Landwirt:innen fließt. Und das, obwohl die Kosten zu 76 Prozent von Abgaben auf Arbeit und Konsum finanziert werden.

/Unternehmenshilfen II.

Dezember 2021

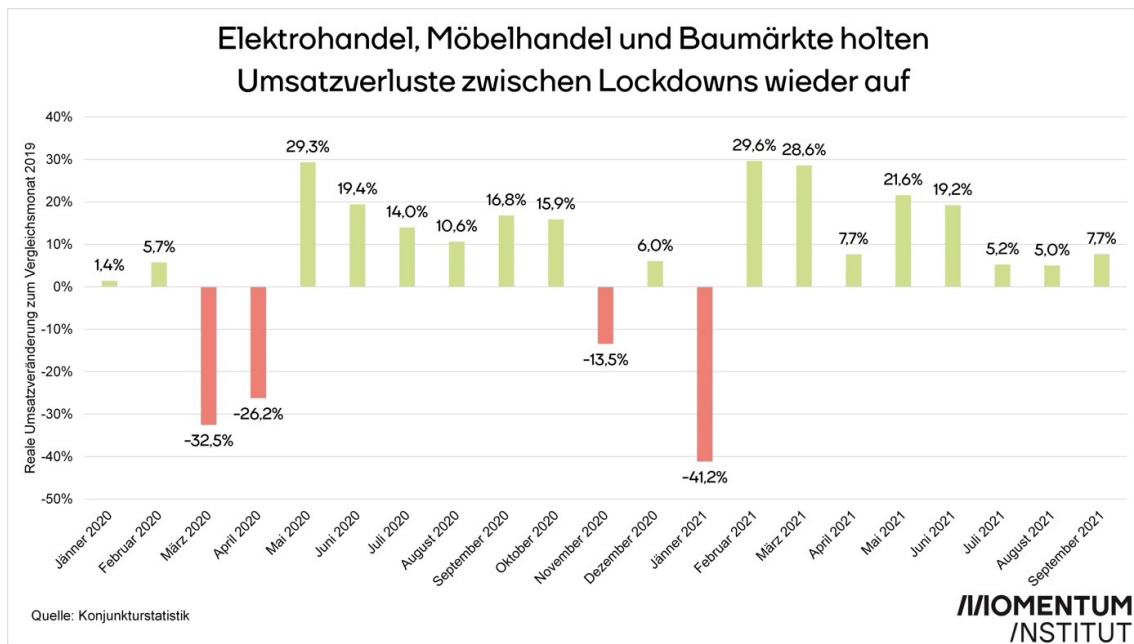
Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise unterscheiden sich teils stark nach Branche. Von Lockdowns betroffen sind vorrangig der Handel, Hotellerie und Gastronomie, sowie der Kulturbereich. Was die Umsatzentwicklung angeht, zeigt sich aber ein sehr diverses Bild. Trotz teils wochenlanger Schließungen, konnten einige Bereiche des Handels aufs gesamte Jahr gerechnet Umsatzzugewinne im Vergleich zum Vorkrisenjahr verzeichnen. Das gilt sowohl für das Jahr 2020, als auch die ersten drei Quartale im heurigen Jahr. Unter den großen Gewinnern der Krise sind vor allem der Versand- und Onlinehandel, Supermärkte, sowie der Handel mit elektrischen Geräten, der Möbelhandel, sowie Baumärkte.



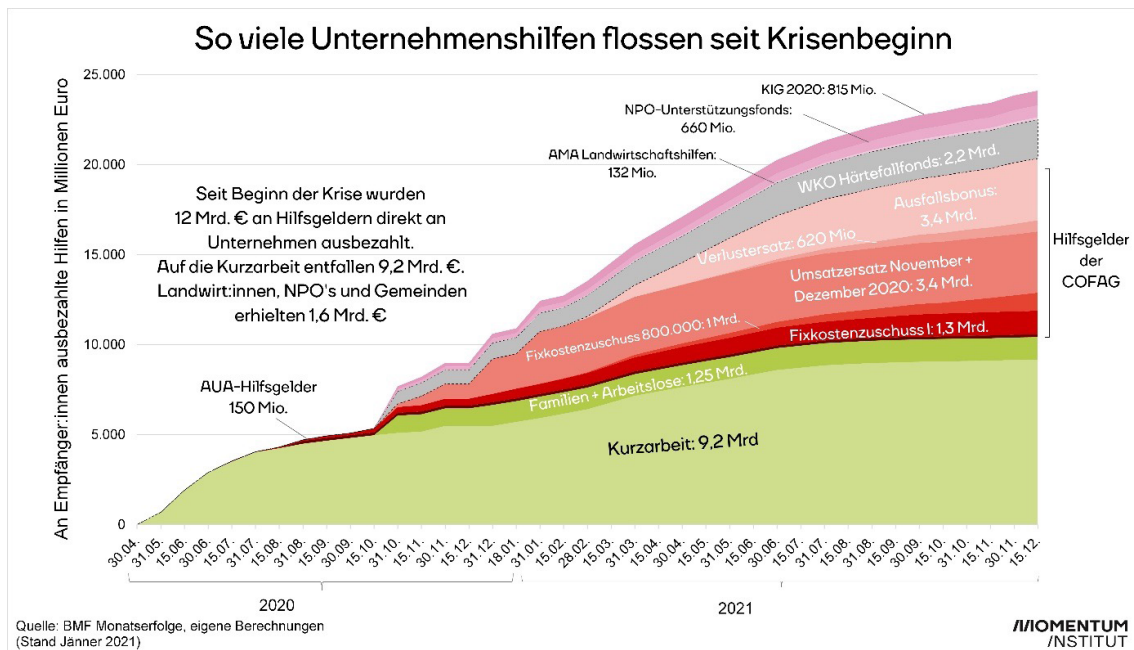
Während der Online-Handel durch die Pandemie mit Umsatzzuwächsen von über 18 Prozent einen regelrechten Boom erlebte, deutet das Umsatzwachstum im Elektro- und Möbelhandel, sowie bei den Baumärkten auf Nachholeffekte hin: Zwischen den Lockdowns lief das Geschäft besonders gut. Während im Vorjahr bereits ein reales Umsatzplus von 3,4 Prozent verzeichnet werden konnte, waren es in den ersten drei Quartalen 2021 ganze 9,7 Prozent im Vergleich zum Vorkrisenjahr.

Insbesondere in Bezug auf die Corona-Hilfen sind diese Zahlen von großer Relevanz. Von den bislang in der EU-Beihilfentransparenzdatenbank erfassten Unternehmenshilfen für das Jahr 2020 flossen im Bereich des Einzelhandels über 16 Prozent an Elektrohändler, Baumärkte und Möbelhändler. Insgesamt sind das fast 25 Millionen Euro für 97 Unternehmen. In der Transparenzdatenbank sind jedoch lediglich Unternehmen erfasst, die Zuschüsse von über 100.000 Euro erhalten haben. Ein großer Teil bleibt also nach wie vor unter Verschluss.

Bei Umsatzersatz, Ausfallsbonus etc. stellt der Umsatzentgang die zentrale Bezugsgröße dar. Die Hilfen werden für einen oder mehrere Monate ausbezahlt, in denen entweder Lockdown herrschte, oder das Geschäft in einem bestimmten Ausmaß einbrach. Ob eventuelle Verluste auf das gesamte Jahr gerechnet wieder aufgeholt werden, wird nicht berücksichtigt. Ebenso wenig wie Kosteneinsparungen durch Kurzarbeit. Treffsicherer gestalten könnte man künftige Unternehmenshilfen durch längere Betrachtungszeiträume und eine Berücksichtigung der tatsächlich angefallenen Kosten.



Seit Beginn der Coronakrise wurden mehr als 20 Milliarden an Unternehmenshilfen ausbezahlt, zeigt eine Auswertung des Momentum Instituts. Ein Lockdown-Monat führt durchschnittlich zu 2,4 Milliarden. Euro Kosten für Unternehmenshilfen.



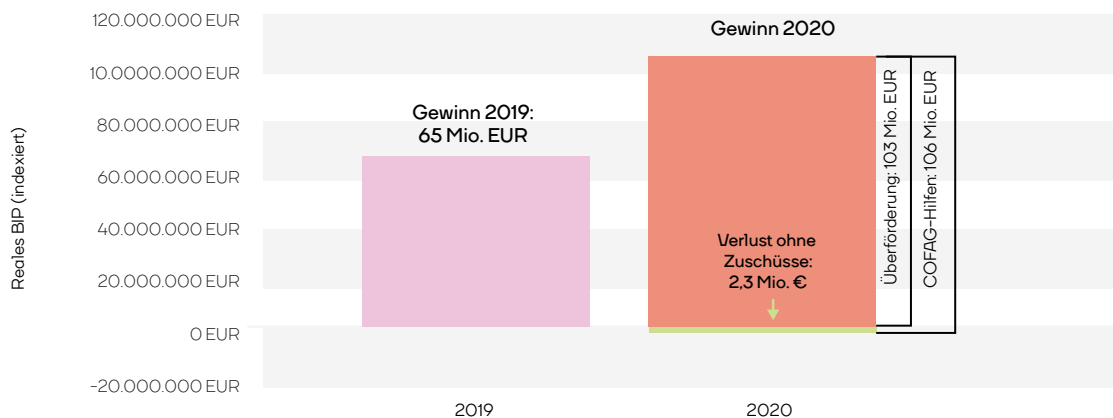
/Überförderung durch Corona-Hilfen

Jänner 2022

In Gastronomie und Hotellerie ist es in Österreich im Jahr 2020 zu massiven Überförderungen durch Corona-Hilfen gekommen. Das zeigt eine quantitative Auswertung der COFAG-Unternehmenshilfen, die das Momentum Institut erstmals vorgenommen hat. Über 50 Prozent der analysierten Betriebe konnten ihren Gewinn im Vergleich zum Jahr 2019 steigern.

Datengrundlage für die Auswertung bilden die EU-Beihilfentransparenzdatenbank, sowie die bereits veröffentlichten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2020. Um beide Lockdowns im ersten Corona-Jahr abzubilden wurden lediglich Unternehmen mit 31.12.2020 als frühestem Bilanzstichtag berücksichtigt. In der Transparenzdatenbank einsehbar sind zudem lediglich Hilfszahlungen über 100.000 Euro. Kleinere Betriebe sind also in den Daten unterrepräsentiert.

Massive Gewinnsubventionierung in Gastro und Hotellerie



Quelle: OECD, Quarterly National Accounts

MOMENTUM
/INSTITUT

Aus einer Stichprobe von 502 Unternehmen aus Gastronomie und Hotellerie konnten 367 im Jahr 2020 einen Gewinn erzielen (gemessen am Jahresüberschuss/-fehlbetrag). 265 konnten ihr Ergebnis im Vergleich zu 2019 sogar verbessern. Aufsummiert beträgt die Überförderung bei den betrachteten Unternehmen 103 Millionen Euro. Die für 2020 zuerkannten Zuschüsse der COFAG (COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes) machten 106 Millionen Euro aus. Um lediglich Verluste auszugleichen hätte ein Bruchteil dieser Zahlungen ausgereicht. Mehr als jedes zehnte Unternehmen in der Stichprobe hätte sogar auch abzüglich der erhaltenen Zuschüsse seinen Gewinn gesteigert. 16,7 Millionen Euro wurden für das Jahr 2020 an diese Unternehmen ausbezahlt.

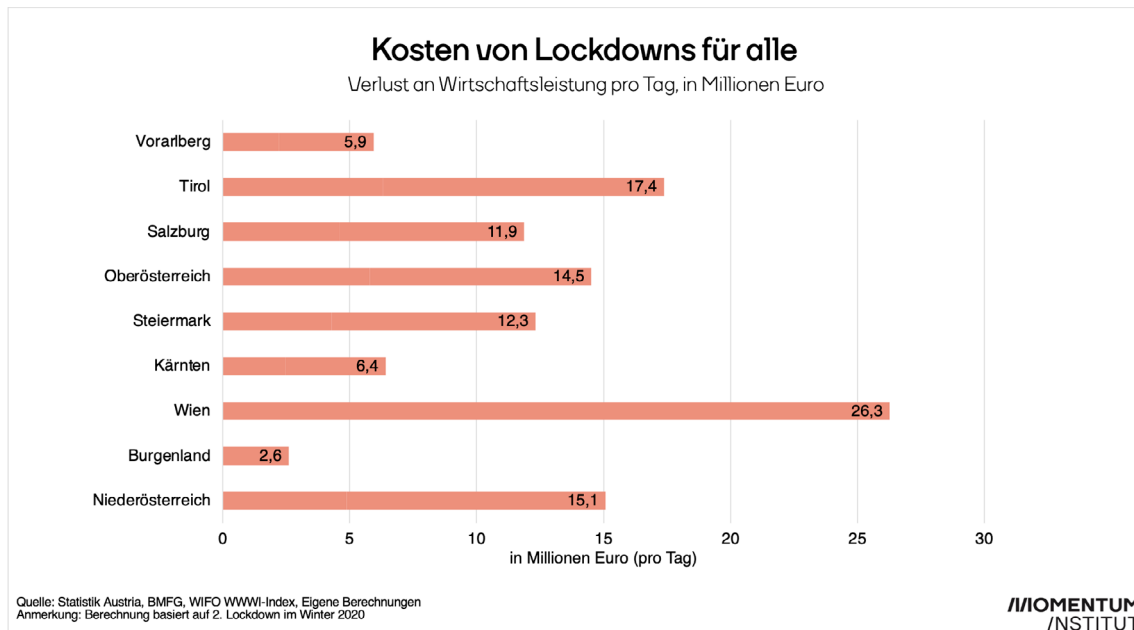
Dass es vielerorts zu überhöhten Hilfszahlungen gekommen ist, liegt an der Konzeption von Hilfen wie etwa dem Umsatzersatz oder dem Ausfallsbonus. Diese orientieren sich hauptsächlich am entgangenen Umsatz im Vergleich zum Vorkrisenzeitraum. Sinnvoller wäre ein Miteinbeziehen der tatsächlich angefallenen Kosten eines Unternehmens. Außerdem werden jeweils Teile des entgangenen Umsatzes in Lockdown-Zeiten ersetzt. Ob eventuelle Verluste über das gesamte Geschäftsjahr wieder kompensiert werden, wird nicht berücksichtigt.

Für zukünftige Unternehmenshilfen empfiehlt sich daher ein Berücksichtigen der tatsächlichen Kosten, sowie eine Ausweitung des Betrachtungszeitraumes. Bereits ausbezahlte Hilfen, die eine Gewinnsubventionierung darstellen, können über eine Sondersteuer für die jeweiligen Unternehmen wieder rückgefordert werden. Ziel muss es sein, überschüssige Förderungen wieder in den Staatshaushalt zurückzuführen.

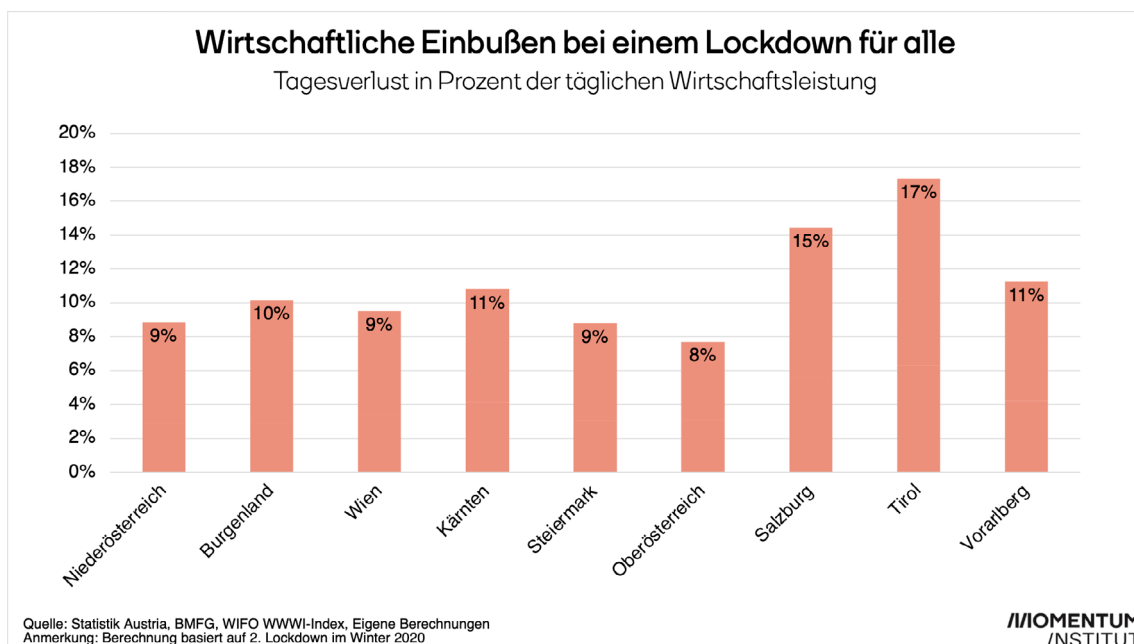
/ Lockdown für alle kostet 117 Millionen Euro täglich

November 2021

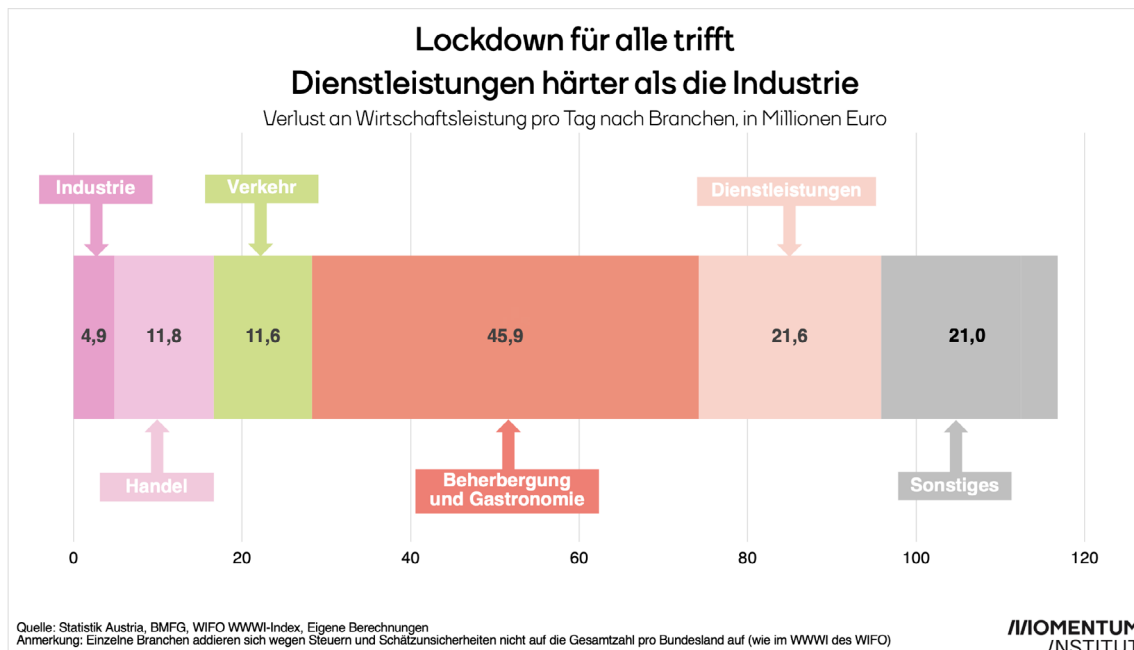
Nach einem kurzen Lockdown für Ungeimpfte im November 2021 folgte rasch darauf ein weiterer Lockdown – Lockdown Nr. 5 – für alle: Geimpft und Ungeimpft. Durch den Lockdown für Ungeimpfte entgingen Österreich bereits 41 Millionen Euro täglich an Wirtschaftsleistung. Der Lockdown für alle brachte dann wirtschaftliche Einbußen von rund 117 Millionen Euro täglich. Allein ein zweiwöchiger Lockdown verursachte bereits einen Verlust der Wirtschaftsleistung von rund 1,6 Milliarden Euro.



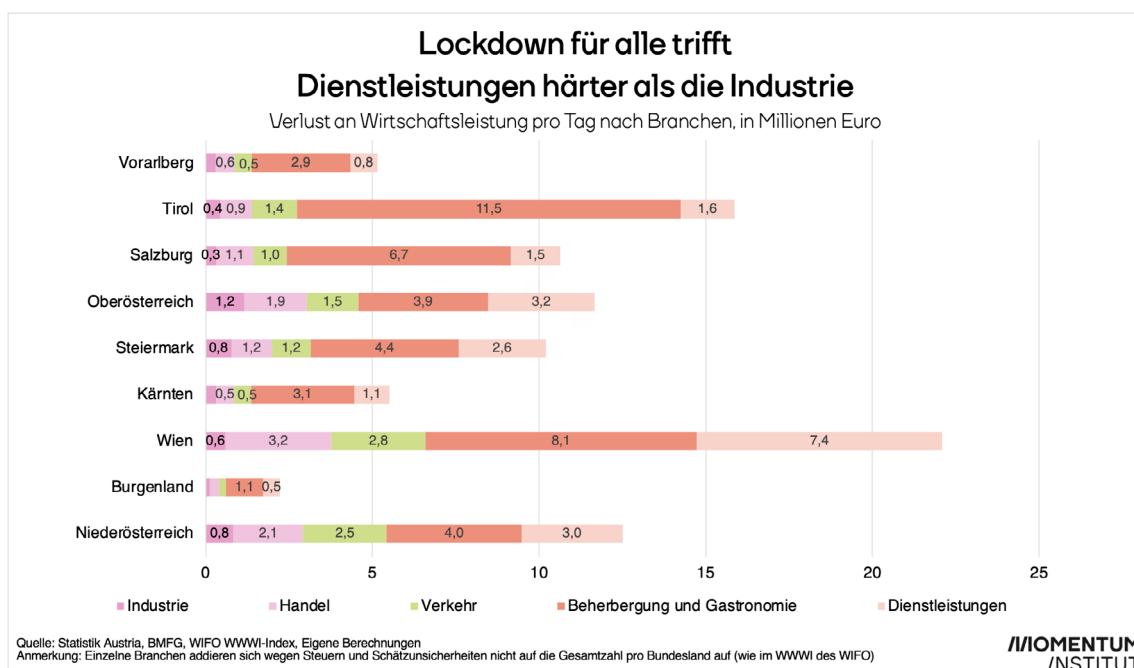
Dabei gibt es regionale Unterschiede. Die einzelnen Bundesländer sind sehr unterschiedlich von den Lockdownkosten getroffen. Relativ zur regionalen Wirtschaftsleistung muss allein Tirol 17 Prozent an täglicher Wirtschaftsleistung einbüßen. Auch Salzburg wird durch einen harten Lockdown 15 Prozent der täglichen Wirtschaftsleistung verlieren.



Ein bundesweiter Lockdown für alle trifft manche Branchen härter als andere. Dienstleistungen, sowie Beherbergung und Gastronomie müssen mit den höchsten Ausfällen von bis zu 67 Millionen Euro täglich rechnen, während die Industrie mit 4,9 Millionen Euro täglich nur eher geringfügig betroffen ist.

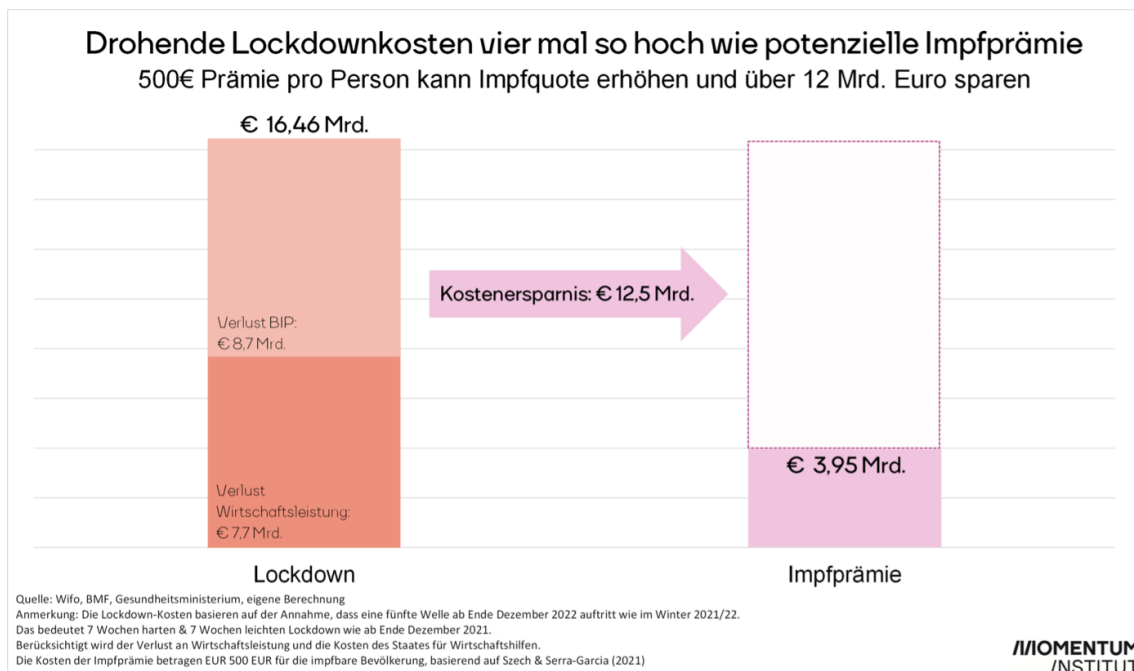


Die Ausfälle der einzelnen Branchen verteilen sich über die jeweiligen Bundesländer unterschiedlich stark. Beherbergung und Gastronomie in Tirol und Wien würde am stärksten leiden – dafür ist zum Teil der Tourismus verantwortlich. Hier würden knapp 12 Millionen Euro in Tirol und 8 Millionen Euro in Wien täglich fehlen. Der wirtschaftliche Schaden in dieser Branche fällt in Oberösterreich, der Steiermark und Niederösterreich hingegen eher gering aus, was am höheren Industrieanteil in diesen Bundesländern liegt.



Im Vergleich hätte ein Lockdown nur für Ungeimpfte 41 Millionen Euro täglich an österreichischer Wirtschaftsleistung gekostet. Wesentlich kostengünstiger und mit dem Potenzial, die Impfbereitschaft zu erhöhen, um Österreichs Durchimpfungsrate

voranzutreiben (Stand 19.11.2021: 65,6 Prozent der Gesamtbevölkerung) ist eine Impfprämie von 500 Euro. Denn die Kosten einer 500-Euro-Impfprämie (die an den Zweit- bzw. Drittstich geknüpft ist) von insgesamt rund 4 Milliarden Euro fallen deutlich günstiger aus als ein langer Lockdown. Ein solcher würde mit 16,5 Milliarden Euro mehr als vier Mal so viel kosten.

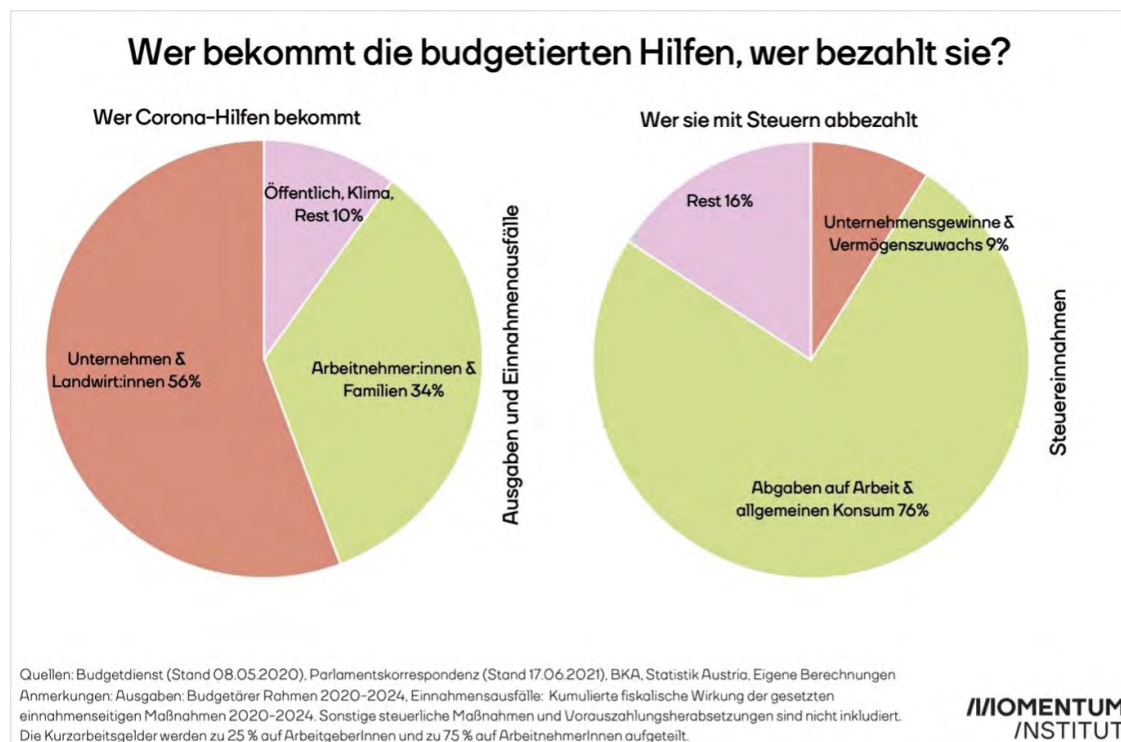


Für die Schätzung der Lockdown-Kosten wird von der Annahme ausgegangen, dass nach der aktuellen Welle eine fünfte Welle ab Ende Dezember 2021 auftritt – vergleichbar mit Winter 2021/22. Dann würden erneut 7 Wochen harter und 7 Wochen leichter Lockdown notwendig. Die Schätzung beinhaltet den Verlust an Wirtschaftsleistung sowie die Kosten des Staates für Wirtschaftshilfen, die erst später zurückbezahlt werden müssen. Die volkswirtschaftlichen Kosten der teils chronisch Erkrankten und Toten sind in der Rechnung nicht enthalten.

/ Wer die Corona-Hilfen bezahlt, wenn das Steuersystem unverändert bleibt

Juni 2021

Von den Corona-Hilfe profitiert größtenteils der Unternehmenssektor. Unternehmer:innen, Bauern und Kunstschafter:innen erhalten mehr als jeden zweiten Euro der Krisengelder. Fast 8 von 10 Euro der Krisenkosten bezahlen werden aber Arbeitnehmer:innen, (persönlich einkommensteuerpflichtige) Selbstständige und Konsument:innen über Abgaben auf Arbeit und allgemeinen Konsum – sofern das Steuersystem so bleibt wie es ist. Steuern auf Vermögen, Vermögenszuwächse und Unternehmensgewinne werden nicht einmal jeden zehnten Euro der Rechnung begleichen, obwohl die Privatvermögen der Unternehmer:innen im großen Stil durch Wirtschaftshilfen erhalten und Unternehmensinsolvenzen vermieden werden.



/Arbeitsmarkt

Wirtschaftskrise heißt auch Arbeitsmarktkrise.

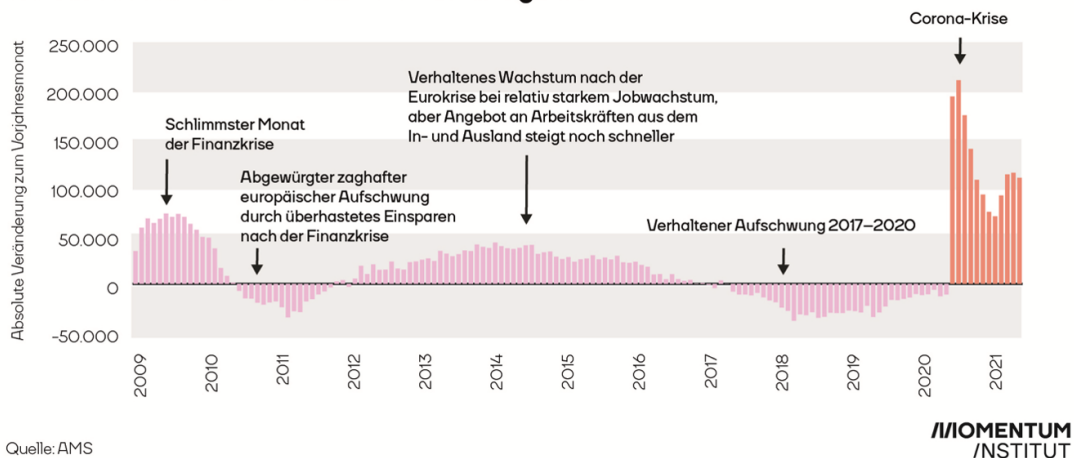
Erschüttert durch den Ausbruch der Corona-Pandemie, zeigten sich zahlreiche Auswirkungen auf dem internationalen, sowie auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Zehntausende Menschen verloren ihren Job oder wurden in Kurzarbeit geschickt und auch die Langzeitarbeitslosenzahlen stiegen auf ein Rekordhoch. Die österreichische Bundesregierung versuchte mit gezielten Maßnahmen gegenzusteuern – diese waren einmal mehr und einmal weniger treffsicher. Eine Auswahl unserer Analysen zu den Folgen auf dem Arbeitsmarkt durch die Corona-Krise soll ein Bild der Auswirkungen zeichnen und deutlich machen, wem geholfen wurde und wem nicht.

/Corona-Krise brachte Rekordarbeitslosigkeit

Dezember 2021

Mit der Krise kam auch die Rekordarbeitslosigkeit. Dabei steht das Ausmaß der Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt in keinem Vergleich zu vorherigen Krisen, wie etwa der Finanzkrise 2008. Selbst der schlimmste Monat der Finanzkrise im Jahr 2009 kommt an den Corona-Peak der Arbeitslosigkeit nicht ansatzweise heran.

Corona-Krise brachte Rekordarbeitslosigkeit



/Ausfall von Arbeitskräften durch Omikron

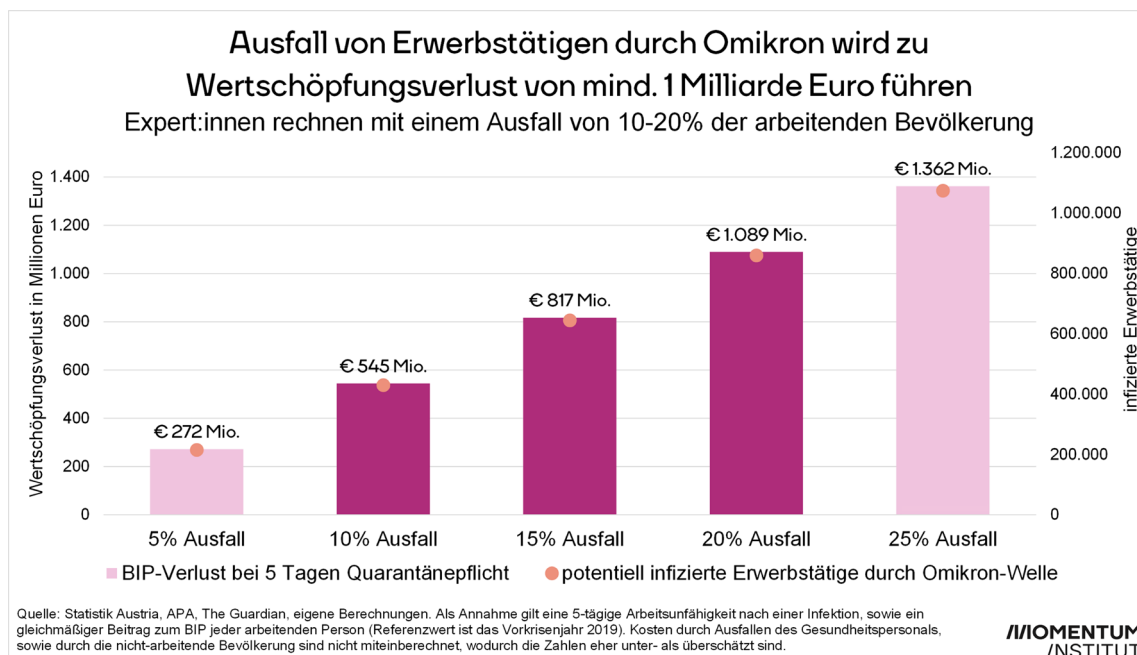
Dezember 2021

Die Corona-Mutation Omikron, die sich ausgehend von Südafrika rasant auf der ganzen Welt zur dominierenden Variante um den Jahreswechsel 2021/2022 entwickelte und dabei die vorherige Delta-Variante übertrumpfte, ließ auch in Österreich die Fallzahlen enorm ansteigen.

Nicht nur hierzulande warnten Expert:innen vor massiven Arbeitsausfällen durch die neue, ansteckendere Omikron-Variante. Die Schätzungen liegen bei Ausfällen der arbeitenden Bevölkerung von 10-20 %. Die Wertschöpfung, die dabei verloren geht, liegt im mehrstelligen Millionenbereich. Gemessen am BIP 2019 trägt jede arbeitende Person täglich mit durchschnittlich rund 250 Euro zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Bei einem Ausfall von 5 Tagen (durch Arbeitsunfähigkeit oder Quarantäne) ergibt das einen Verlust von 1.270 Euro pro neuinfizierter erwerbstätiger Person.

Bei einem „Durchlaufenlassen“ der Variante wird mit einer Infektion von bis zu 20 Prozent der Bevölkerung gerechnet - was uns dementsprechend mehr als 1 Milliarde Euro an Wertschöpfungsverlust kostet. Auch bei einer Infektionsrate von „nur“ 5 Prozent gehen 272 Millionen an Wertschöpfung verloren, bei einem „worst-case“-Szenario von 25 Prozent sogar rund 1,4 Milliarden Euro. Zusätzliche Kosten für den Ausfall von Gesundheitspersonal, sowie für Wirtschaftshilfen, drohende Lockdowns oder Fürsorge von Nichterwerbstätigen sind außerdem hier noch nicht miteinberechnet.

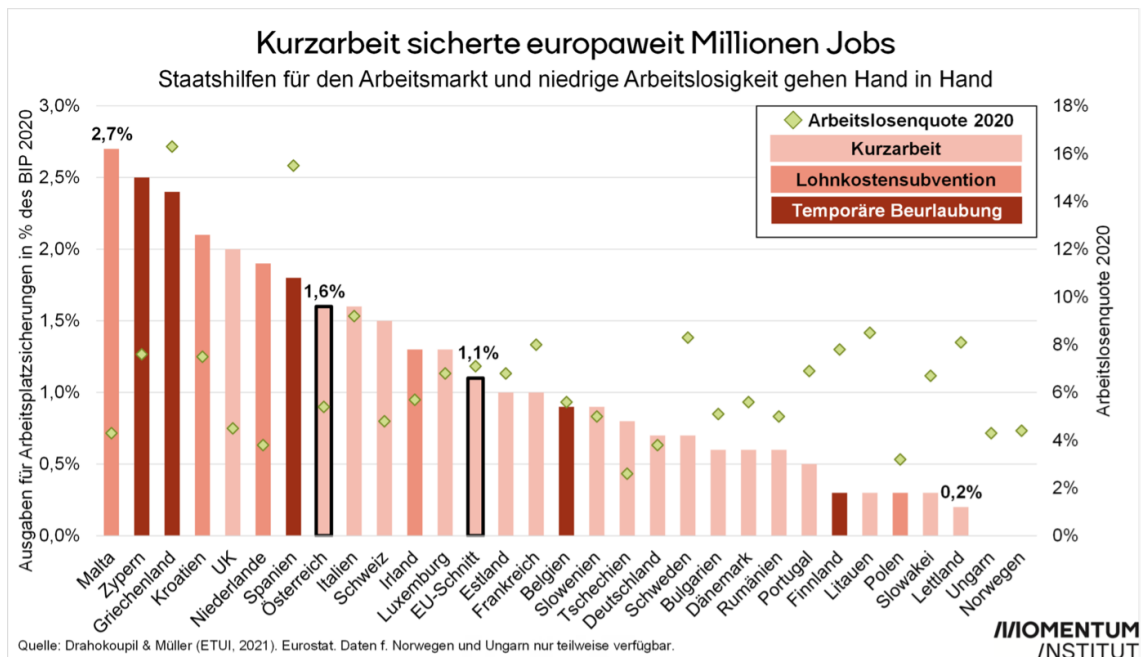
Eine besorgniserregende Entwicklung entsteht außerdem beim Ausfall des Gesundheitspersonals. In Großbritannien sind durch die vielen Omikron-Infektionen bereits 10 Prozent des medizinischen Personals ausgefallen. Münzt man das um, auf das was Österreich bevorstehen könnte, würden das einen Wertschöpfungsverlust von rund 13,4 Millionen bedeuten. Die fatalen Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung (Verschieben von OPs, Personalmangel, enormer Druck für das arbeitende Personal etc.) sind schwer quantifizierbar und übersteigen die Wertschöpfungsverluste mit Sicherheit.



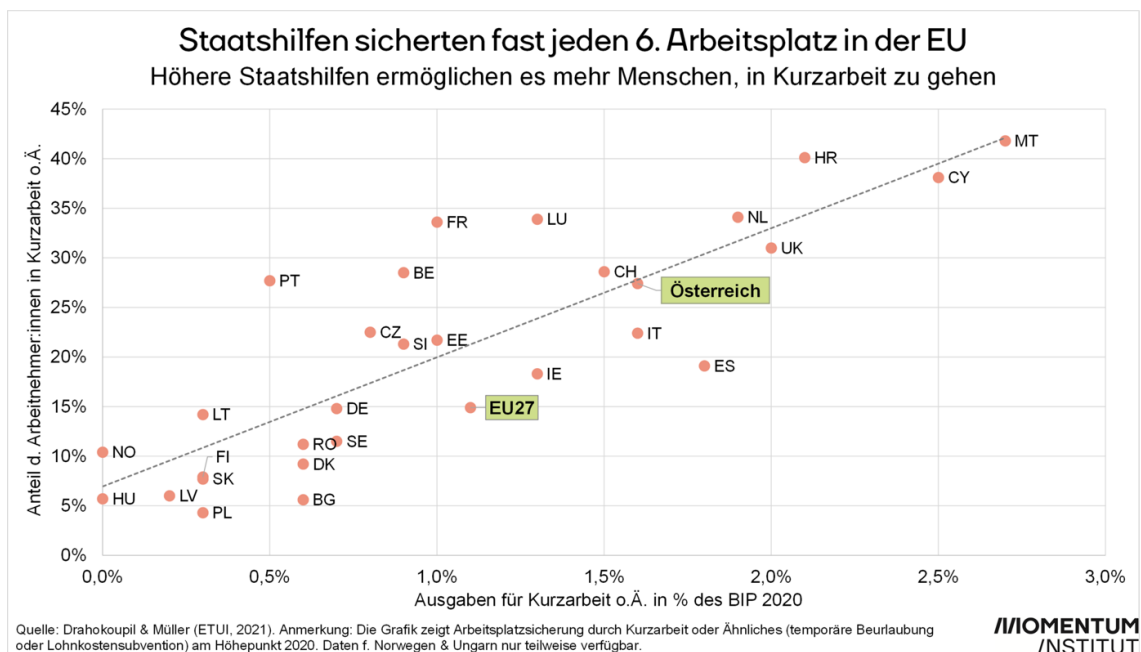
/Instrument Kurzarbeit

November 2021

Kurzarbeit und ähnliche Maßnahmen sicherten europaweit im Jahr 2020 mehr als 38 Millionen Jobs (EU-weit 28,6 Millionen). So trugen sie signifikant zu geringerer Arbeitslosigkeit bei. Das zeigt eine Analyse des Momentum Instituts auf Basis einer Studie von Jan Drahokoupil und Torsten Müller des European Trade Union Institute. Demnach gibt es einen Zusammenhang zwischen Ausgaben für arbeitsplatzsichernde Maßnahmen und der jeweiligen Arbeitslosenquote: Länder, die mehr für Kurzarbeit, Lohnkostensubventionen oder temporärer Beurlaubung ausgegeben haben, verzeichneten tendenziell auch geringere Arbeitslosigkeit im Jahr 2020. So war die Arbeitslosigkeit etwa in Portugal, Finnland oder Litauen bei geringen Staatsausgaben besonders hoch, während Malta, das Vereinigte Königreich, die Niederlande und auch Österreich bei höheren Ausgaben eine geringere Arbeitslosenquote aufwiesen. Laut Drahokoupil und Müller gibt Österreich etwa 1,6 Prozent des BIP für Kurzarbeit aus, was über dem EU-Schnitt von 1,1 Prozent liegt. Österreich befindet sich damit an 7. Stelle in der EU27. Mit einer Arbeitslosenquote von 5,4 Prozent (laut Eurostat Definition) belegte Österreich im Jahr 2020 in der EU27 Platz 10.

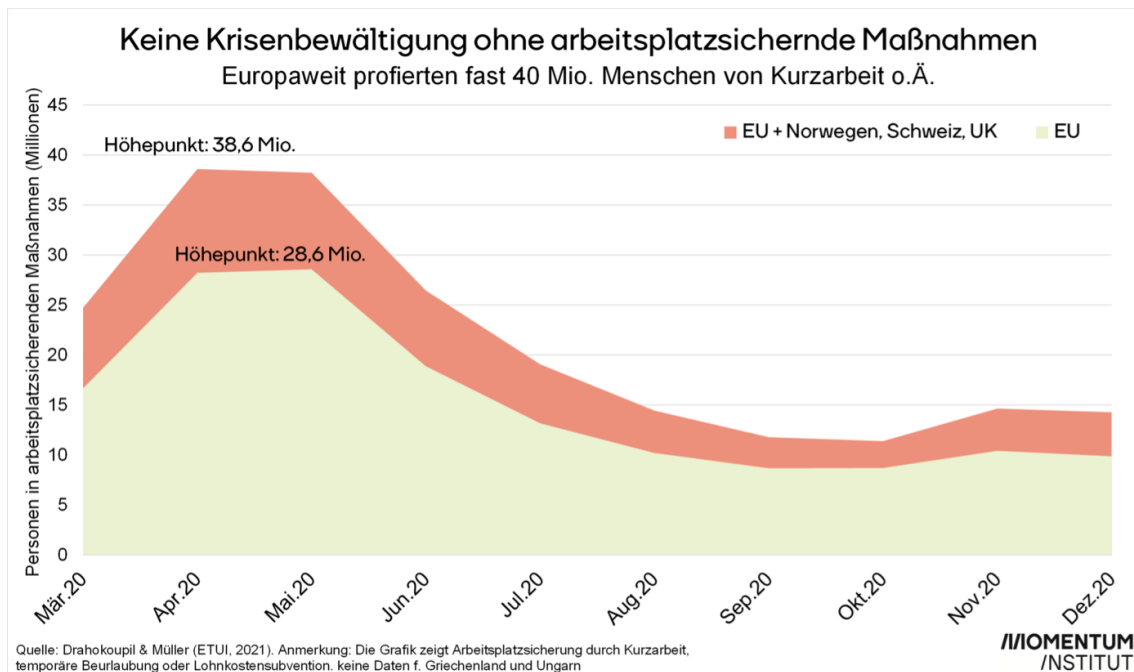


In Österreich war am Höhepunkt etwa ein Viertel aller Beschäftigten in Kurzarbeit, EU-weit waren es 28,6 Millionen Menschen. Das bedeutet, dass rund 15 Prozent bzw. jede:r 6. Beschäftigte:r der EU von Staatshilfen zur Arbeitsplatzsicherung profitierte (gemessen an allen Beschäftigten zwischen 15 und 64 Jahren 2020 laut Eurostat (192 Mio.)).



Um mehr Arbeitsplätze zu sichern, muss natürlich auch mehr Geld ausgegeben werden. Das bestätigt der Zusammenhang zwischen dem Anteil der Personen in Kurzarbeit (o.Ä.) und den Ausgaben für arbeitsplatzsichernde Maßnahmen. Je mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, desto mehr Menschen können in Kurzarbeit gehen und geschützt werden. Die obige Grafik verdeutlicht diesen Zusammenhang: Sie zeigt Beschäftigte in Kurzarbeit o.Ä. am Höhepunkt der Krise 2020 als Anteil aller Beschäftigten und die Gesamtausgaben für das Jahr 2020 gemessen am BIP pro Land.

Gesammelte Daten der Studie zeigen außerdem, dass sich am Krisenhöhepunkt 2020 europaweit (EU27 plus Norwegen, Schweiz, UK) mehr als 38 Millionen Menschen in arbeitsplatzsichernden Maßnahmen befanden. In der EU waren es am Krisenhöhepunkt April 2020 mehr als 28 Millionen Arbeitnehmer:innen.



Die Kurzarbeit war und ist also ein Instrument von immenser Bedeutung, um Arbeitsplätze zu sichern und die Arbeitslosenquote gering zu halten. Die Stabilisierung des Arbeitsmarktes und Reduktion der Arbeitslosigkeit sind wichtige Grundpfeiler der Krisenbewältigung. Aber auch abseits der Krise sollte die Wichtigkeit staatlicher Eingriffe nicht in Vergessenheit geraten. Wenn der Arbeitsmarkt aus unterschiedlichen Gründen versagt, kann der Staat eingreifen und Arbeitslosigkeit verringern.

/ Link zur Studie:

<https://etui.org/publications/job-retention-schemes-europe>

/ Link zu Grafiken & Website-Artikel:

<https://www.momentum-institut.at/news/kurzarbeit-sicherte-fast-30-millionen-arbeitsplaetze-der-eu>

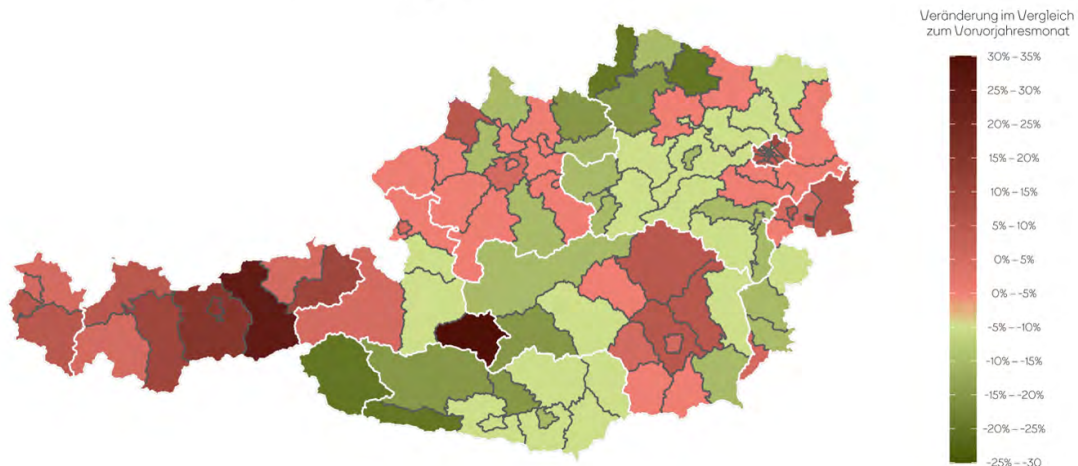
/ Von Erholung keine Spur

Juli 2021

Die Grafik zeigt, dass die Erholung nach der Corona-Krise noch lange nicht überall angekommen ist. Es gibt dringenden Handlungsbedarf, denn Österreich hatte bereits vor der Krise ein großes Problem mit Langzeitarbeitslosigkeit.

Corona-Arbeitslosigkeit wurde noch nicht überall überwunden

Juli 2021



Quelle: Arbeitsmarktdatenbank

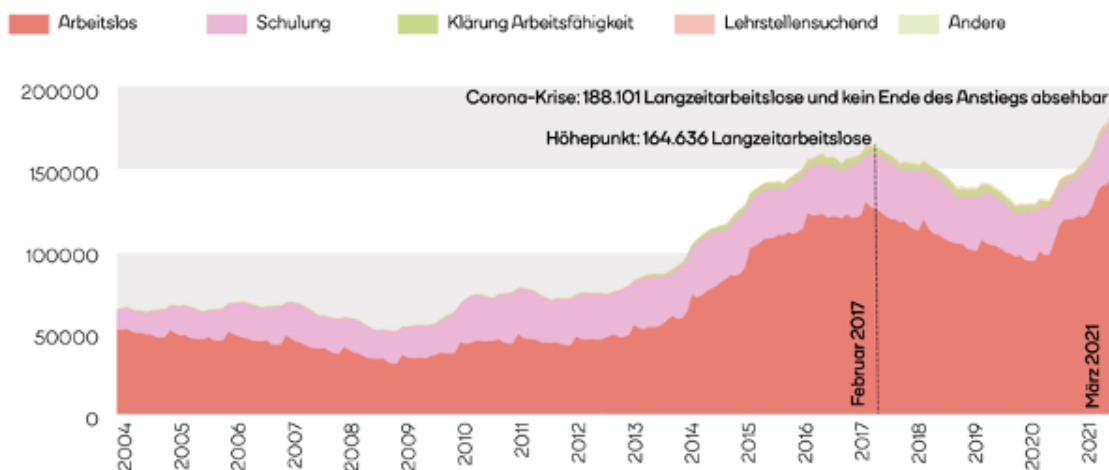
MOMENTUM
INSTITUT

/ Langzeitarbeitslosigkeit: Neuer Rekord verdeutlicht Handlungsbedarf

April 2021

Ende März 2021 war das Rekordhoch auch bei Langzeitarbeitslosen erreicht. Zu diesem Zeitpunkt waren inklusive Schulungsteilnehmer:innen rund 188.000 Personen auf Jobsuche.

Über 188.000 im März: neuer Rekord an Langzeitarbeitslosen

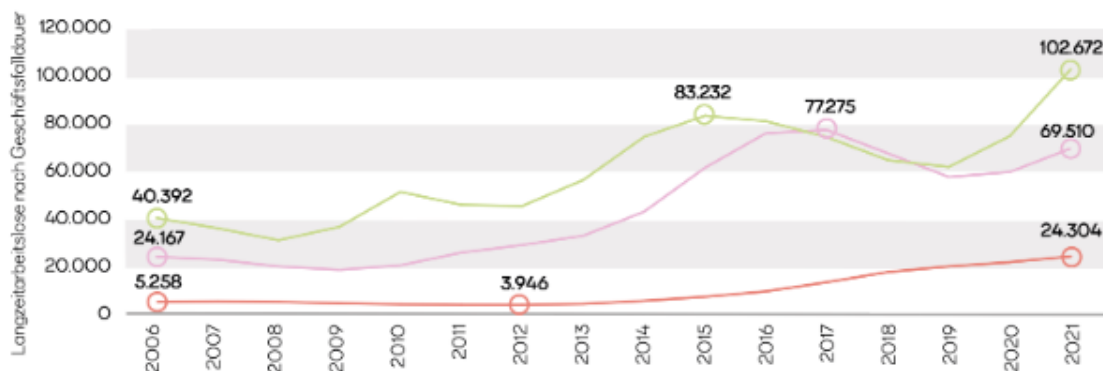


Quelle: Eigene Berechnung, AMDB

Anmerkung: "Andere": alle weiteren Status außer Fachkräftestipendium

Besonders besorgniserregend ist vor allem auch die Anzahl jener Menschen, die seit mehr als fünf Jahren keine Arbeit finden. Diese Zahl hat sich seit 2012 auf über 24.000 Personen versechsfacht. Der zu kurze Wirtschaftsaufschwung 2016 bis 2019 reichte nicht aus, um diesen Trend umzukehren.

- Zwischen 1 und 2 Jahren
- Zwischen 2 und 5 Jahre
- Über 5 Jahre



Quelle: AMS, Sonderauswertung
Anmerkung: Inbrenndurchschnittswerte (2021: Jänner und Februar)

Empfehlungen des Momentum Instituts:

- / Höheres Arbeitslosengeld zumindest bis zur flächendeckenden Impfung
- / Zweites, kräftiges Konjunkturpaket mit Ausbau der öffentlichen Beschäftigung (z.B. in der Pflege und Bildung)
- / Öffentliches Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose

/ Details zum Thema im Policy Brief:

https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-04/moment_policy-brief_0521_20210402.pdf

/Beschäftigung in den ersten beiden Lockdowns

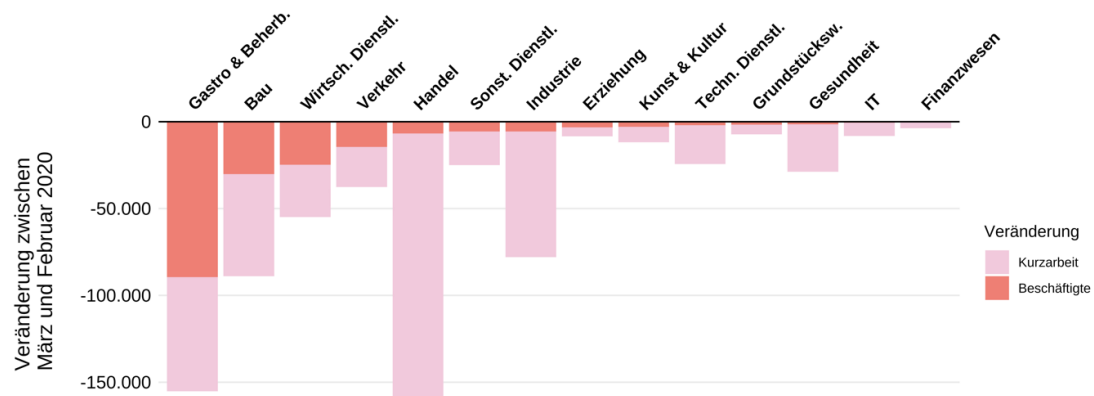
März & Oktober 2020

/Lockdown #1

Am stärksten waren die Auswirkungen des ersten Lockdowns auf die Branchen Gastronomie und Beherbergung und Handel. Während in Gastronomie und Beherbergung der Großteil des Beschäftigungsabbaus entfiel, wurde im Handel durch Kurzarbeit fast das gesamte Beschäftigungsniveau von Februar gehalten.

1. Lockdown: Beschäftigungsabbau nicht in allen Branchen gleich

Gastronomie & Beherbergung, Bau und Leiharbeit mit stärkster Reduktion – Handel setzte auf Kurzarbeit



Quelle: Eigene Berechnung, Arbeitsmarktdatenbank

Anmerkung: Beschäftigungsveränderungen in einem normalen Jahr (2019) wurden berücksichtigt

Lesbeispiel: In der Branche Gastronomie & Beherbergung waren im 1. Lockdown (Ende März 2020) im Vergleich zu Ende Februar 2020 rund 89.000 Personen weniger in Beschäftigung, knapp 66.000 unselbständig Beschäftigte gingen in Kurzarbeit

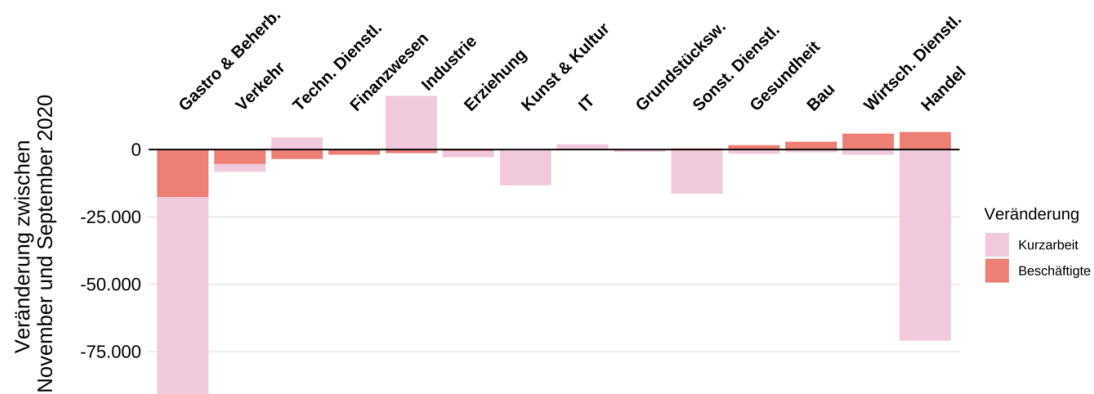
///IOMENTUM
INSTITUT

/Lockdown #2

Die Auswirkungen des zweiten Lockdowns waren insgesamt geringer. Am stärksten waren jedoch weiterhin Gastronomie und Beherbergung sowie der Handel betroffen. In der Gastronomie fand zwar immer noch der stärkste Beschäftigungsabbau statt, im Vergleich zum ersten Lockdown wurde jedoch weitaus stärker auf Kurzarbeit gesetzt.

2. Lockdown: Größte Auswirkung auf Gastro/Beherbergung + Handel

Gastronomie & Beherbergung setzte diesmal verstärkt auf Kurzarbeit, ist aber weiterhin für größten Beschäftigungsabbau verantwortlich



Quelle: Eigene Berechnung, Arbeitsmarktdatenbank

Anmerkung: Beschäftigungsveränderungen in einem normalen Jahr (2019) wurden berücksichtigt

Lesbeispiel: In der Branche Gastronomie & Beherbergung waren im 2. Lockdown (Ende November 2020) im Vergleich zu September 2020 rund 18.000 Personen weniger in unselbständiger Beschäftigung und ca. 75.000 mehr in Kurzarbeit

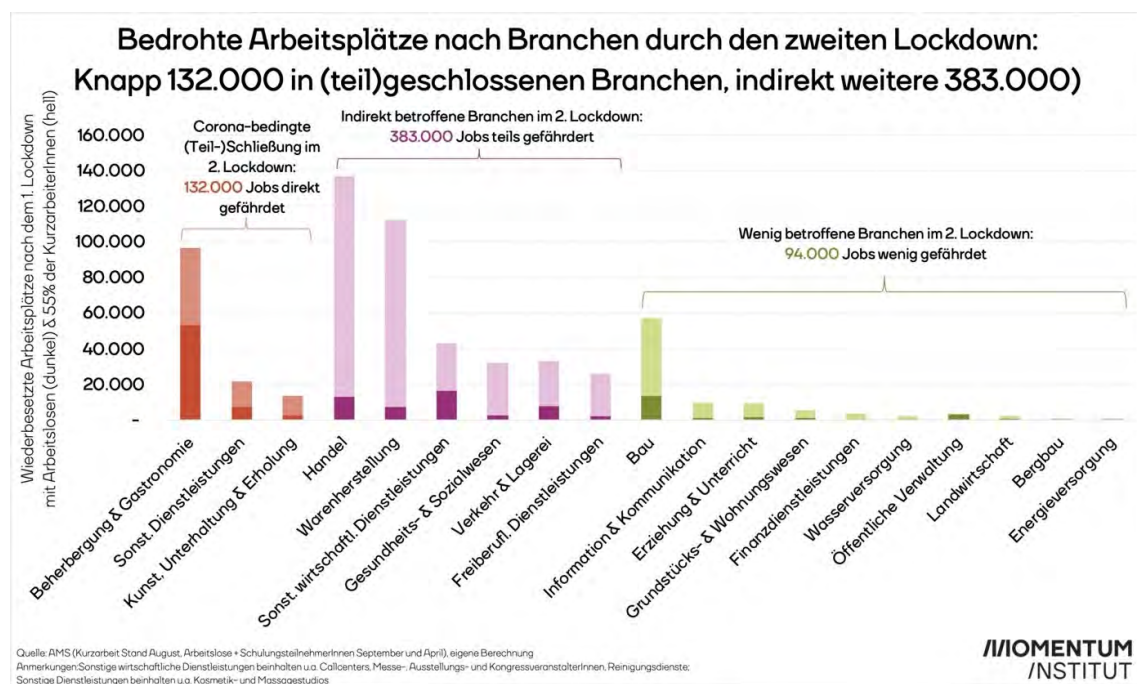
///IOMENTUM
INSTITUT

/ Zweiter Lockdown bedroht Arbeitsplätze

Oktober 2020

Durch die Explosion der Infektionszahlen und den zweiten Lockdown im November 2020 waren rund 132.000 Arbeitsplätze unmittelbar stark gefährdet und weitere 383.000 indirekt und somit teilweise in Gefahr. Nimmt man den ersten Lockdown als Maßstab, waren zum Zeitpunkt des bevorstehenden zweiten Lockdowns rund 132.000 Jobs akut gefährdet. Am stärksten betroffen waren die Wirtschaftsbranchen Gastronomie und Hotellerie, Kunst und Unterhaltung, und sonstige Dienstleistungen (inklusive z.B. Kosmetik- und Massagestudios).

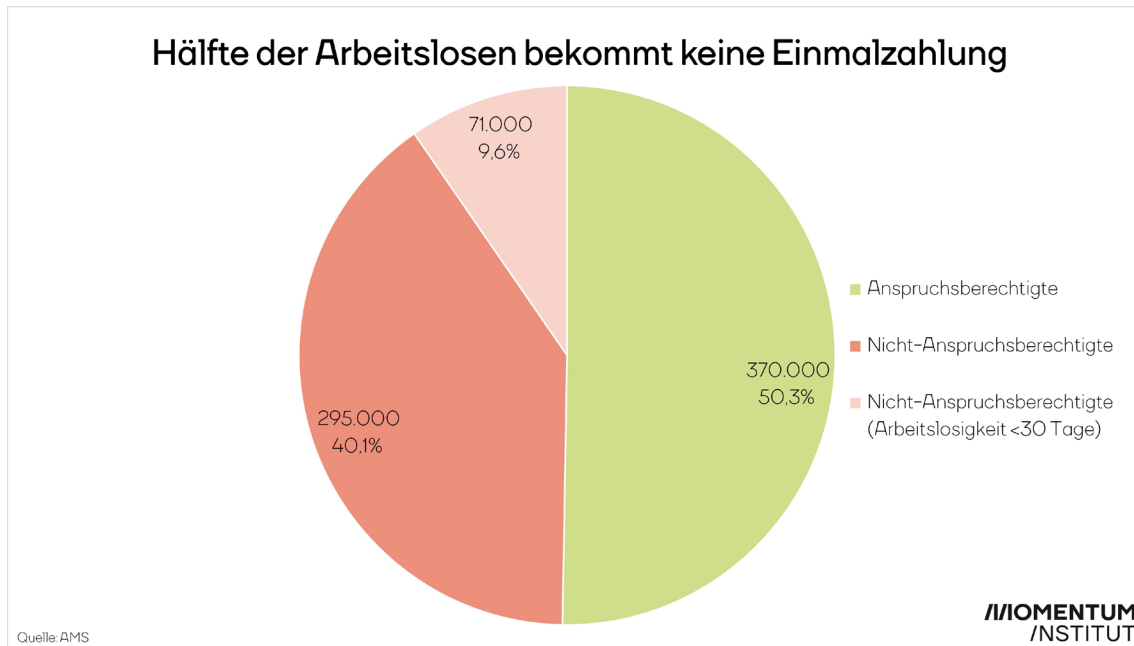
Wie schon im ersten Lockdown ab Mitte März waren auch wichtige Branchen indirekt betroffen - beispielsweise durch die Zurückhaltung der Konsument:innen oder weniger Aufträge. Dadurch waren weitere 383.000 Arbeitsplätze indirekt gefährdet, vor allem in den Bereichen Handel, Industrie sowie Verkehr.



/ Einmalzahlung für Arbeitslose: Die Hälfte der Arbeitslosen bekommt nichts

September 2020

Die Einmalzahlung ist eine Corona-Hilfe für Arbeitslose, die durch die Corona-Krise ihren Job verloren haben. Von allen geschätzt 740.000 Arbeitslosen und Schulungsteilnehmer:innen, die zwischen April und August 2020 Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bezogen, erhalten nur rund 370.000 Personen die Einmalzahlung in Höhe von 450 Euro. Diese Zahlung bekommen somit fünf von zehn Betroffenen nicht, weil sie entweder unter 60 Tage lang arbeitslos waren oder ihre Arbeitslosigkeit nicht ausreichend im Berechnungszeitraum zwischen Mai und August lag.



Von der Zahlung ausgeschlossen bleiben drei Gruppen: Jene, die von den Lockdown-Maßnahmen als erstes getroffen wurden und von März bis Juni 2020 arbeitslos waren. Jene, die weniger als zwei Monate zwischen Mai und August ohne Job dastanden. Und jene, die beispielsweise nach einer mehrmonatigen Kurzarbeit erst im Juli oder August 2020 arbeitslos wurden und deshalb die notwendigen 60 Tage im Sommer nicht sammeln konnten, obwohl ihre Arbeitslosigkeit und finanziellen Probleme noch länger dauern könnten. Insgesamt erhalten fast die Hälfte all jener nichts, die aufgrund der Corona-Krise arbeitslos wurden. Selbst wenn man Kurzzeit-Arbeitslose abzieht, die sich weniger als ein Monat in Arbeitslosigkeit befunden haben, bleiben noch immer vier von zehn Arbeitslosen übrig, die keine Zahlung erhalten.

/ Empfehlung des Momentum Instituts:

- / Ausweitung der Einmalzahlung auf alle Arbeitslosen und insbesondere Corona-Arbeitslose
- / Berechtigungszeitraum anpassen (sodass dieser Mitte März 2020 beginnt und nicht im August ausläuft)

<https://www.momentum-institut.at/news/die-haelfte-der-corona-arbeitslosen-erhalten-keine-einmalzahlung>

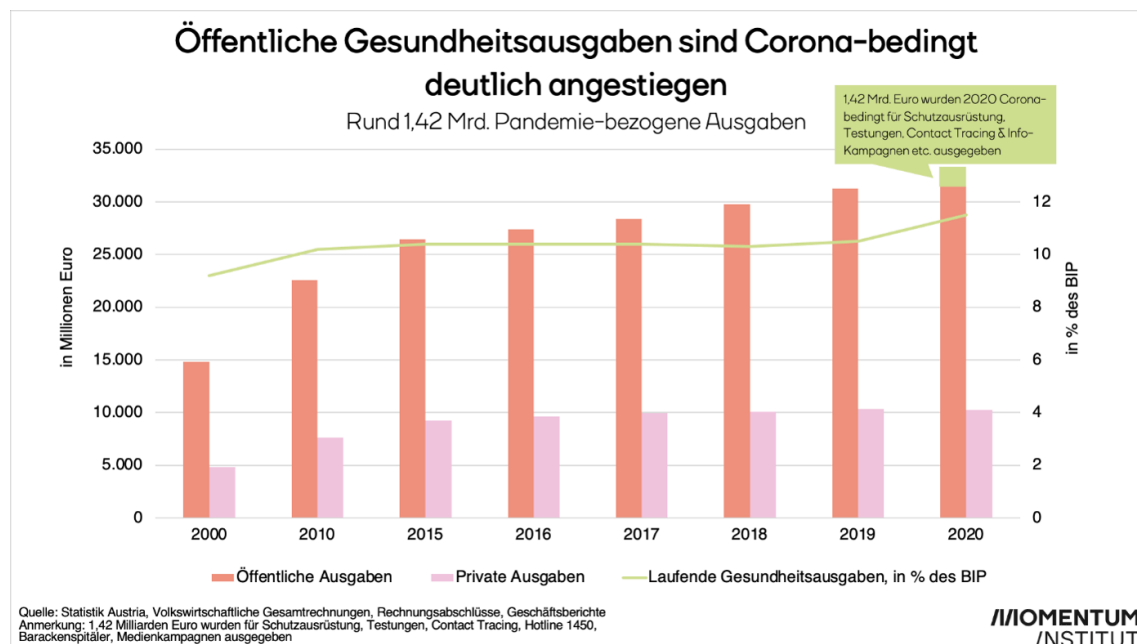
/ Gesundheit

So viel war uns der Schutz unseres höchstens Gutes tatsächlich wert

/ Anstieg bei Gesundheitsausgaben

Februar 2022

Insgesamt flossen im Krisenjahr 2020 rund 44 Milliarden Euro an laufenden Gesundheitsausgaben, zeigen Daten der Statistik Austria. Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 ist das ein nomineller Anstieg von 4,5 Prozent. Rund 1,42 Milliarden betrugen dabei Corona-bedingte Ausgaben: Das Geld wurde in Schutzausrüstung, Testungen, Contact-Tracing und Info-Kampagnen investiert, wobei der Löwenanteil von 523 Millionen Euro in Schutzausrüstung gesteckt wurde.



/ Impfquote/Impfprämie

Dezember 2021

Österreichs Durchimpfungsquote steigt nur sehr schleichend. Während andere EU-Länder wie Portugal Spitzenreiter beim Impfen sind (mit Durchimpfungsrate von 90 Prozent (Stand Februar 2022)), steht Österreich mit 74 Prozent vergleichsweise schlecht da. Die Impfpflicht, die am 1.2.2022 in Kraft getreten ist, wurde vor dem Jahreswechsel beschlossen und viel diskutiert. Das Momentum Institut hat neben einer Impfpflicht im Dezember 2021 auch die Maßnahme einer Impfprämie empfohlen.

Um einen wochen- bzw. monatelangen Lockdown wie letztes Jahr zu verhindern, empfiehlt das Momentum Institut zur Steigerung der Impfquote eine Weihnachts-Impfprämie. 500 Euro für jede Person der impfbaren österreichischen Bevölkerung könnte als „Weihnachtsgeschenk“ ausbezahlt werden, sofern der zweite bzw. dritte Stich bis dahin nachweislich durchgeführt wurde. Darauf folgend kann ab 1. Jänner 2022 eine Impfpflicht in Kraft treten. Dass hohe Prämien die Impfbereitschaft signifikant erhöhen können, zeigt Evidenz aus den USA. Auch ein fixer Impftermin könnte die Impfquote steigern.

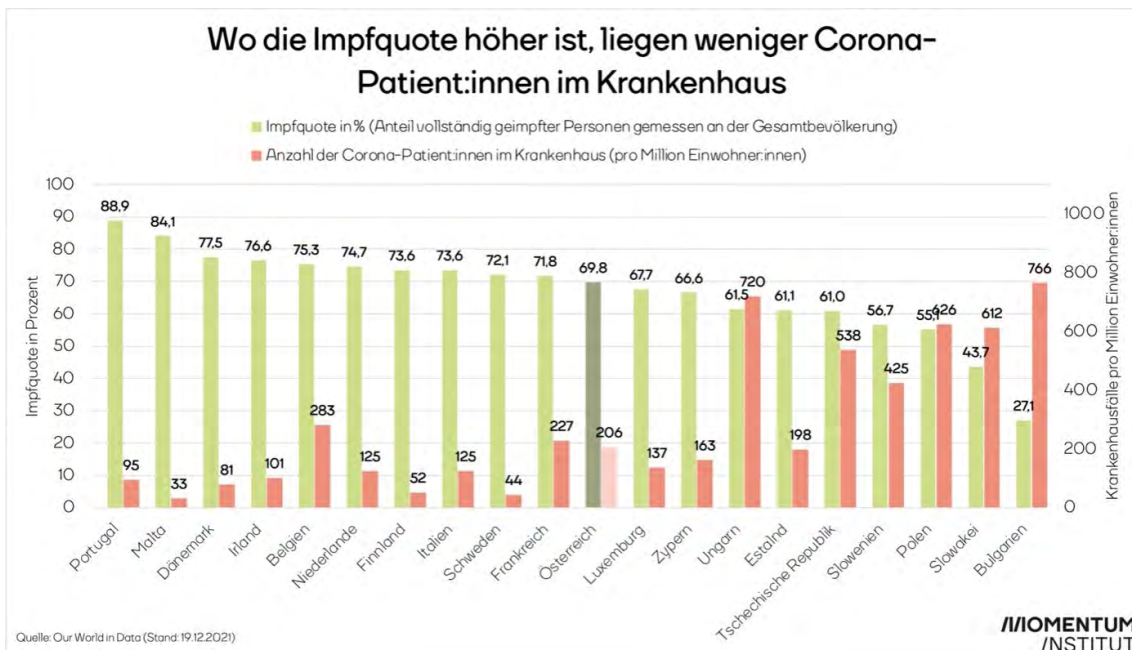
Eine solche Impfprämie gefolgt von einer Impfpflicht käme mit Kosten von rund vier Milliarden Euro immer noch billiger als ein langer Lockdown, der mit 16,5 Milliarden Euro mehr als vier Mal so viel kosten würde. Für die Schätzung der Lockdown-Kosten wird von der Annahme ausgegangen, dass nach der aktuellen Welle eine fünfte Welle ab Ende Dezember 2021 auftritt – wie im Winter 2021/22. Dann würden erneut 7 Wochen harter und 7 Wochen leichter Lockdown notwendig. Die Schätzung beinhaltet den Verlust an Wirtschaftsleistung sowie Kosten des Staates für Wirtschaftshilfen, die erst später zurückbezahlt werden müssen. Die volkswirtschaftlichen Kosten der teils chronisch Erkrankten und der Toten sind in der Rechnung nicht enthalten.

/ Empfehlung des Momentum Instituts:

/ Impfpflicht mit hohen und einkommensabhängigen Strafen

<https://www.momentum-institut.at/news/momentum-institut-empfiehl-500-euro-impfpraemie-und-impfpflicht-ab-2022>

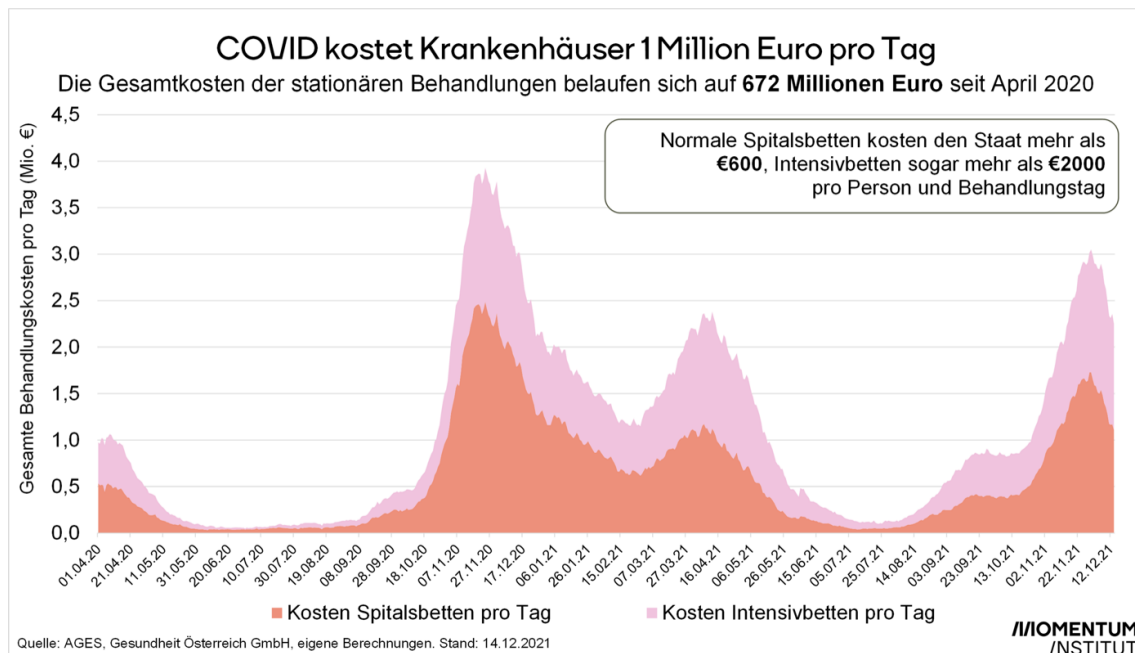
Die Impfung hilft vor allem gegen schwere Krankheitsverläufe und minimiert somit die Anzahl der stationär und intensivbehandelten Corona-Patient:innen. In Ländern, in denen die Impfquote höher liegt, müssen weniger Corona-Patient:innen im Krankenhaus behandelt werden. In Österreich sind das 206 Patient:innen pro Million Einwohner:innen bei einer Impfquote von knapp 70 Prozent der Gesamtbevölkerung.



/Corona-Behandlungskosten

Dezember 2021

Die Corona-Behandlungskosten von Intensivpatient:innen in Österreich belaufen sich auf mehr als 2.000 Euro pro Person und Tag. Ein normales Spitalsbett schlägt sich mit mehr als 600 Euro täglich zu Buche. Die Gesamtkosten, die seit Pandemiebeginn so durch die Behandlung von COVID-19-Patient:innen in Spitälern entstanden sind, kommen somit auf rund 672 Millionen Euro (Stand: 14.12.2021). Umgerechnet auf den täglichen Durchschnitt bedeutet das Kosten von mehr als 1 Million Euro für österreichische Krankenhäuser täglich seit April 2020.



/500 Tage Corona: eine Krisenbilanz

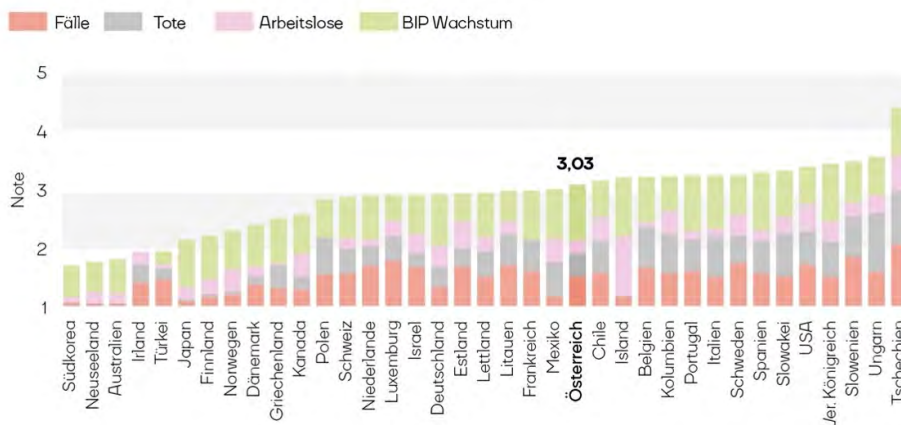
Juli 2021

Eine Zwischenbilanz hat das Momentum Institut nach 500 Tagen Corona gezogen. Im Februar 2020 wurde in Österreich erstmals eine Person positiv auf das Coronavirus getestet. 500 Tage später sind hierzulande über 10.000 Menschen in Verbindung mit Corona verstorben, Überlebende haben vielfach noch mit Langzeitfolgen (Long COVID) zu kämpfen. Die Gesundheitskrise hat auch eine beispiellose Wirtschaftskrise ausgelöst. In Österreich schrumpfte die reale Wirtschaftsleistung im Vorjahr um 6,3 Prozent und die Arbeitslosigkeit lag zuletzt immer noch fast 20 Prozent über dem Wert vor der Krise. Im Krisenbilanz-Vergleich schneidet Österreich verglichen mit 37 OECD-Ländern nur mittelmäßig ab.

Als Maßstab dient der "COVID Misery Index". Dieser gibt Auskunft über das durch die Corona-Krise verursachte Elend in einzelnen Ländern. Der Index setzt sich dabei aus zwei gesundheitlichen (Infizierte, Todesfälle) und zwei wirtschaftlichen (Wachstumseinbruch, Arbeitslosigkeit) Komponenten zusammen. Die einzelnen Länder erhalten in der Folge eine Note zwischen eins und fünf, wobei jene mit Beurteilung eins gut und jene mit Beurteilung fünf vergleichsweise schlecht abschneiden. Diverse Forscher:innen haben den ursprünglichen Index (Berechnung mit der Arbeitslosenrate und Inflationsrate) erweitert, verändert, und an neue Fragestellungen angepasst. Das Momentum Institut hat einen eigenen Corona-Elends-Index berechnet. Dazu werden zwei gesundheitliche und zwei wirtschaftliche Messgrößen miteinander verbunden:

- / Inzidenz
- / Todesfälle
- / Anstieg der Arbeitslosigkeit
- / Rückgang des Bruttoinlandsprodukts

Covid Misery Index: Österreich kam schlechter durch die Krise als Großteil der OECD-Länder



Quellen: OECD, Eurostat, Our World in Data, Eigene Berechnungen

MOMENTUM
/INSTITUT

Am besten schneiden Südkorea, Neuseeland und Australien ab. Diese Länder verfolgten bislang allesamt eine Strategie der Niedriginzidenzen (auch bekannt als Zero-COVID Strategie). Dies ermöglichte bereits früh weitreichende Öffnungsschritte, die wirtschaftlichen Folgen hielten sich dadurch in Grenzen. Die Erfolge dieser Länder stehen in starkem Kontrast zur in Europa vielfach vertretenen Ansicht, bei den Corona-Maßnahmen ginge es stets um ein Abwägen gesundheitlicher und wirtschaftlicher Interessen. Mit einer Note von 3,03 schneidet Österreich schlechter ab als der OECD-Durchschnitt. Getrieben ist dies vor allem von der schlechten Entwicklung in den Bereichen Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt.

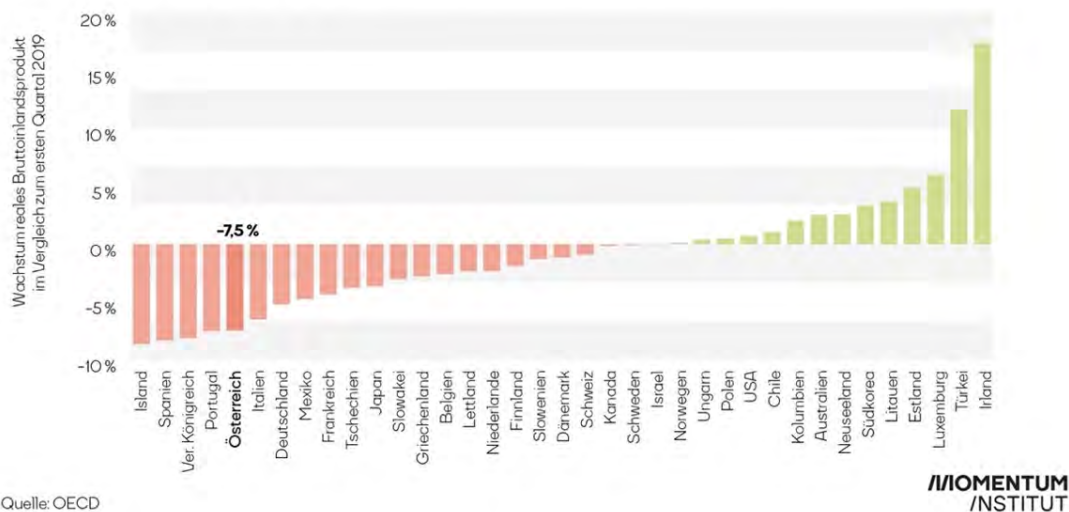
In Österreich halten sich gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen in etwa die Waage. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit spielt in Österreich eine wesentlich geringere Rolle als die vergleichsweise schlechte Entwicklung des Wirtschaftswachstums. Grund dafür dürfte die weit verbreitete Kurzarbeit sein, die in Österreich bis dato viele Arbeitnehmer:innen in Beschäftigung gehalten hat. Besonders drastisch wirkt sich die hohe Arbeitslosigkeit hingegen auf den Indexwert der USA aus. Was den Einbruch des Wirtschaftswachstums angeht, liegt Österreich mit einem Minus von 6,6 Prozent im Jahr 2020 nur auf Platz 24. Das Schlusslicht in diesem Bereich bildet Spanien. Am besten schnitt indes Irland ab. Hier wuchs die Wirtschaft sogar im Vergleich zum Vorjahr. Im Bereich der beiden gesundheitlichen Messzahlen liegt Österreich im Mittelfeld der betrachteten Länder. Das Land, das sowohl die meisten Infizierten als auch Toten je 100.000 Einwohner zu verzeichnen hat, ist Tschechien. Am besten schnitten hingegen Australien und Südkorea ab.

/ Berechnung des COVID Misery Index

Wie errechnet sich dieser Index nun genau? Die ersten zwei Variablen umfassen die kumulierte Anzahl an Corona-Infizierten je 100.000 Einwohner zwischen dem Ausbruch der Pandemie und dem Stichtag 13. März, sowie die kumulierte Anzahl der Corona-Todesfälle je 100.000 Einwohner zwischen Pandemiebeginn und dem 14. März 2021. Die wirtschaftlichen Variablen umfassen die Veränderung der durchschnittlichen Arbeitslosenrate (internationale Berechnungsmethode) zwischen den Jahren 2019 und 2020, sowie die Veränderung der realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes zwischen 2019 und 2020. Für jeden dieser vier Bereiche erhält ein Land einen Wert zwischen null (bester Wert) und 1,25 (schlechtester Wert). Der Wert ergibt sich aus der relativen Position eines Landes zwischen dem besten und schlechtesten Wert dieser Kategorie. Summiert man die einzelnen Werte auf, ergibt sich der „COVID Misery Index“, welcher genau einen Wert zwischen null und maximal fünf annimmt. Dies lässt sich nun auch auf eine Art „Schulnotensystem“ umlegen. Ein glatter Einser kann erreicht werden, wenn ein Land in allen vier Kategorien am besten abschneidet. Dies entspräche dann dem „minimalen Elend“. Die Note sechs hingegen bedeutet „maximales Elend“, also der Kombination aus den vier jeweils schlechtesten Werten aller Länder in den vier Kategorien Arbeitsmarkt, BIP-Rückgang, Todeszahlen und Inzidenz. Die Daten zu Infektions- und Todeszahlen stammen von „Our World In Data“, die beiden wirtschaftlichen Indikatoren von der OECD.

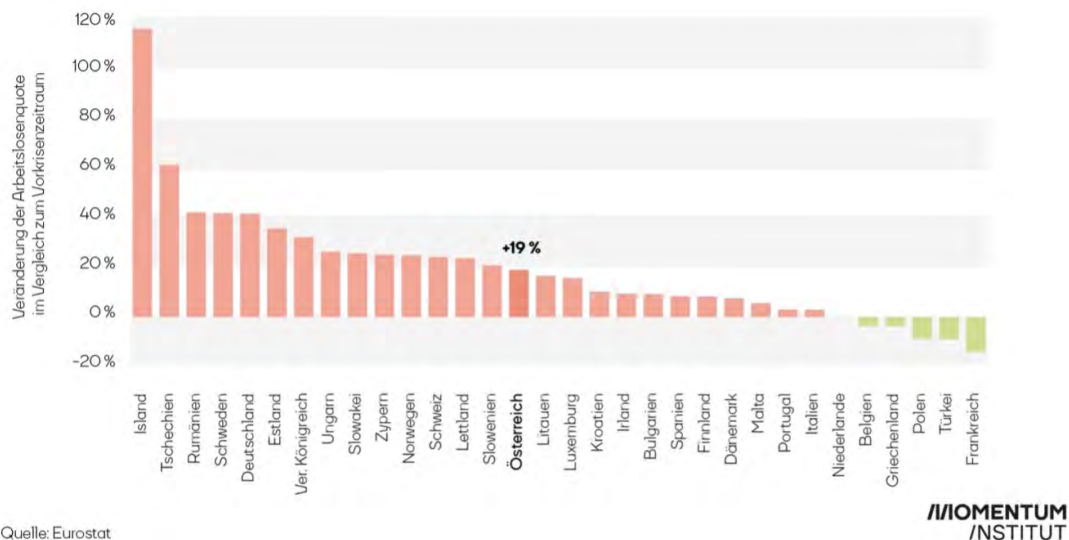
Wichtig festzuhalten ist, dass es sich beim „COVID Misery Index“ um ein Resümee der Vergangenheit handelt. Es wird dabei im Grunde ein internationaler Vergleich der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie seit deren Ausbruch hergestellt. In der Zukunft kann sich dieses Ranking selbstverständlich ändern – eine erfolgreiche Impfstrategie bietet dafür im Moment das größte Potential, entscheidende Veränderungen mit sich zu bringen. Auch das Ausmaß und die Treffsicherheit staatlicher Hilfsprogramme wird für die Entwicklungen der kommenden Monate von hoher Bedeutung sein.

Österreich erlebte im Vergleich zum Vorkrisenniveau einen der stärksten wirtschaftlichen Einbrüche



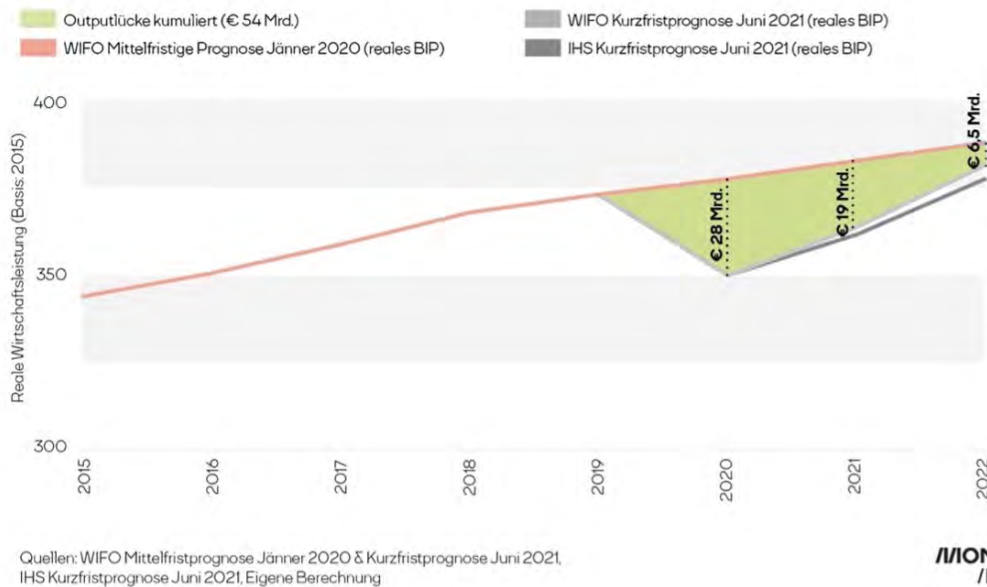
Vergleicht man die Zahlen aus dem ersten Quartal 2021 mit jenen aus dem Vorkrisenjahr 2019, schrumpfte Österreichs Wirtschaft seither um 7,5 Prozent. Nur vier Länder schnitten noch schlechter ab. Auch die Arbeitslosigkeit liegt in Österreich trotz Kurzarbeit noch immer fast 20 Prozent über dem Vergleichswert aus dem Jahr 2019.

Im Großteil Europas liegt die Arbeitslosigkeit nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau



Dementsprechend schwierig gestaltet sich auch die Rückkehr auf den Vorkrisenwachstumspfad des Bruttoinlandsproduktes. Prognosen der OECD und der heimischen Forschungsinstitute WIFO und IHS ergeben, dass die wirtschaftliche Erholung in Österreich vergleichsweise langsam vorangeht. Die Rückkehr zum Vorkrisenniveau des Bruttoinlandsproduktes wird demnach erst Mitte 2022 erfolgen. Die USA haben dieses Niveau dank massiver Konjunkturprogramme bereits im Frühjahr wieder erreicht. An den Vorkrisenwachstumspfad wird die österreichische Wirtschaft frühestens 2023 wieder anschließen können.

Mittelfristprognose Jänner 2020 vs. Konjunkturprognose Juni 2021



/ Für einen Weg aus der Krise, der auch den Vielen zugutekommt, empfiehlt das Momentum Institut folgende Maßnahmen:

- / Gerechte Verteilung der Krisenkosten durch Erhöhung der Körperschaftsteuer oder Corona-Gewinnsteuer
- / Nutzen des günstigen Zinsumfeldes für expansive fiskalpolitische Maßnahmen
- / Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent und Hereinnahme von Ein-Personen-Unternehmen (EPU) in die Arbeitslosenversicherung
- / Ausbau des öffentlichen Sektors in den Bereichen Klima, Pflege, Justiz und Bildung.

/ Policy Brief zu 500 Tagen Corona in Österreich:

https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-07/pb-2021.08-0821-500-tage-corona_wie-gut-kam-osterreich-durch-die-krise.pdf

<https://www.momentum-institut.at/news/500-tage-corona-wie-kam-oesterreich-durch-die-krise>

Es ginge auch mit weniger Emissionen

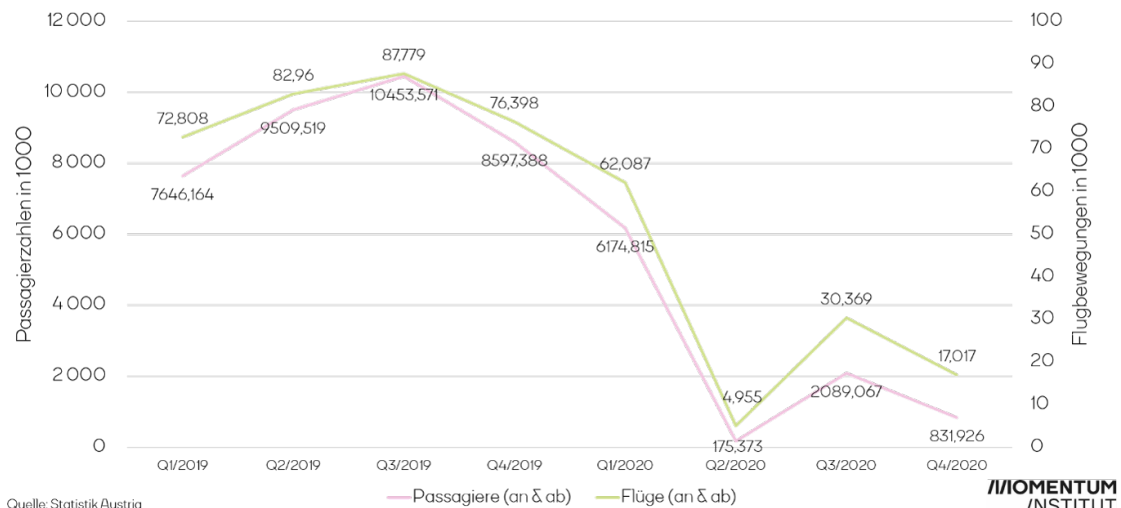
/ Flugverkehr

Julii 2021

Um der Klimakrise entgegenzuwirken, müssen wir weniger CO₂ emittieren - also unter anderem weniger ins Flugzeug steigen. Eine drastische Reduktion des österreichischen Flugverkehrs wurde im Jahr 2020 durch die COVID-19 Pandemie erreicht. Auch, wenn die massiven Einbrüche in Passagier- und Flugzahlen in erster Linie unfreiwillig waren, zeigen sie, wie groß das Treibhausgaspotential des (österreichischen) Flugsektors ist, und wie viel CO₂ gespart werden könnte, wenn wir unser Reiseverhalten auch abseits der Pandemie verändern.

Passagierzahlen im Flugverkehr reduzierten sich 2020 um 74%

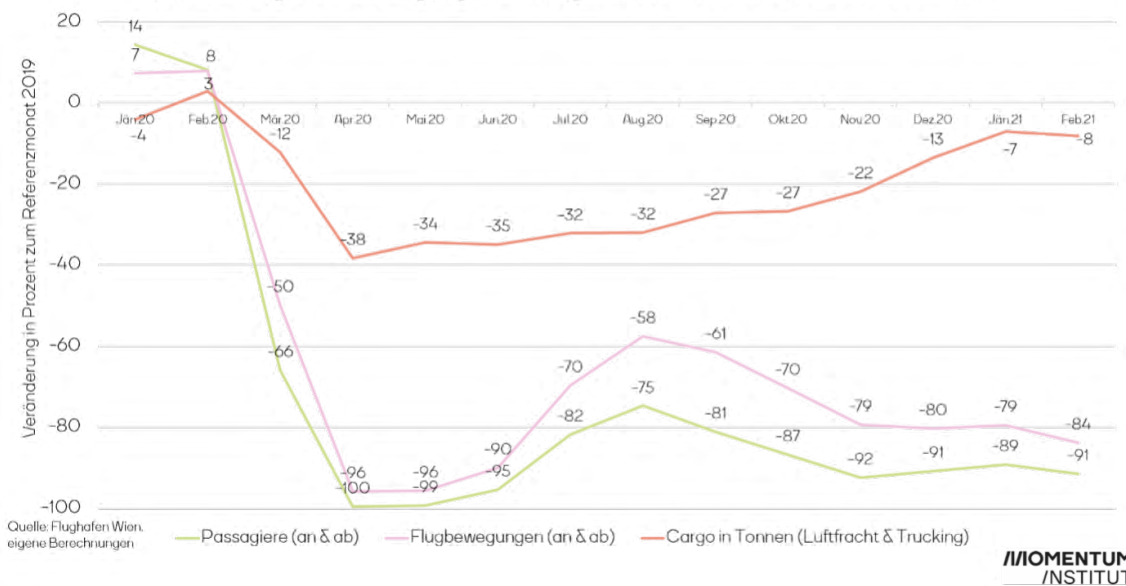
Veränderungen der Bewegungen an österr. Flughäfen vor und während Covid-19



Im Jahr 2020 ging das Passagieraufkommen in Österreich im Vergleich zum Vorjahr um rund 74 Prozent zurück (36 Millionen vs. 9,3 Millionen Passagiere), die Anzahl der gelandeten und gestarteten Flüge reduzierte sich österreichweit um 64 Prozent (320.000 vs. 114.000). Besonders das zweite Quartal 2020 erfuhr starke Einbußen. Weniger stark betroffen als die anderen österreichischen Flughäfen waren Salzburg und Innsbruck mit jeweils 61 Prozent und 57 Prozent Passagierrückgang. Die zwei westösterreichischen Flughäfen verzeichnen laut Daten der Statistik Austria vor allem hohe Passagierzahlen in den Wintermonaten, also dem 1. Quartal, was auf den Wintertourismus rückzuführen sein könnte. Da das 1. Quartal 2020 am wenigsten von der Corona-Krise gezeichnet war, sind auch die allgemeinen Einbußen geringer. Die Emissionen an Flughäfen in Westösterreich scheinen also deutlich vom Wintertourismus beeinflusst.

Die Corona-Krise bringt massive Rückgänge im österr. Flugsektor

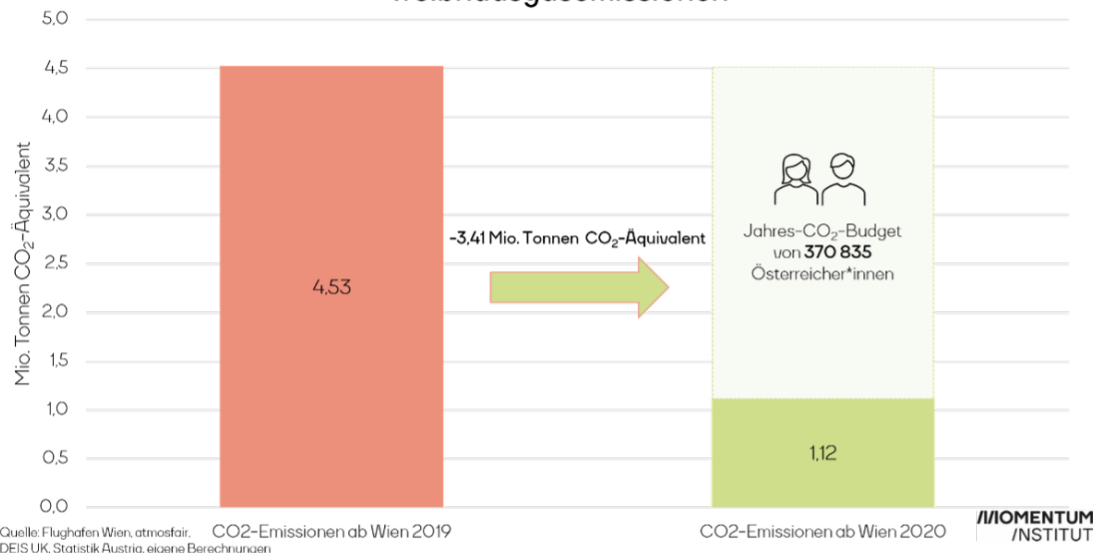
Veränderungen der Bewegungen am Flughafen Wien vor und während Covid-19



In absoluten Zahlen verzeichnete der Flughafen Wien bei weitem die massivsten Einbrüche, da er fast 90 Prozent aller österreichischen an- und abreisenden Flugpassagiere abwickelt. Bei einer genauen Betrachtung der Veränderungen des Flugverkehrs ab Wien in der obigen Grafik zeigt sich: Die Einbußen erreichten Höchstwerte von bis zu -100 Prozent im 2. Quartal 2020, und Passagierzahlen/Flugbewegungen gingen viel stärker zurück als der Frachtverkehr. Fracht konnte also auch während der Krise mit geringeren Einschränkungen transportiert werden.

Aus klima- und umweltpolitischer Sicht bedeuten diese ungewöhnlichen Entwicklungen im Passagieraufkommen vor allem eines - es konnten massive Mengen an CO₂ eingespart werden, die ohne Pandemie nun in der Atmosphäre wären und ihren Beitrag zur Klimaerwärmung leisten würden: Auf Basis der am häufigsten beflogenen Destinationen von Wien nach Westeuropa, Osteuropa, in den Nahen und Mittleren Osten, sowie auf Langstrecken wurden im Jahr 2019, gewichtet nach Passagierzahlen und Streckenlängen, 4,53 Millionen Tonnen CO₂ emittiert. Bei gleichbleibendem Trend für 2020 ergibt das unter Berücksichtigung der Passagierreduktionen ab Wien eine Einsparung von 3,41 Millionen Tonnen CO₂.

Reduktionen des Flugverkehrs bringen enorme Einsparungen an Treibhausgasemissionen



2020 konnte durch die geringe Anzahl an Passagierreisen ab Wien so viel CO₂ eingespart werden, wie 370.835 Österreicher:innen summiert pro Kopf in einem Jahr emittieren (Pro-Kopf-Emissionen in Österreich 2019: 9,2 Tonnen). Das entspricht sogar mehr als der Gesamtbevölkerung der Stadt Graz pro Jahr. Wären die von Österreich ausgehenden Emissionen aus dem internationalen Flugverkehr Teil der österr. Verkehrsemissionen, wäre der Flugverkehr 2019 für 16 Prozent der Verkehrsemissionen verantwortlich gewesen. Die Einsparungen im Jahr 2020 hätten demnach etwa 12 Prozent der Verkehrsemissionen gebracht.

Eine so drastische Flugreduktion wie in der Corona-Krise wird nach Bewältigung der Corona-Krise wohl kaum zur Normalität werden, zumindest nicht ohne weitere ökonomische Maßnahmen. Die Analyse verdeutlicht jedoch, wie stark das Treibhauspotential im österreichischen Flugsektor ist, und wie viel CO₂ eingespart werden kann, wenn weniger Menschen ins Flugzeug steigen. Um CO₂-Einsparungen nicht nur durch eine Pandemie zu schaffen, brauchen wir auch nach der Krise Maßnahmen, um Flugbewegungen drastisch zu reduzieren: Weniger unnötige Kurzstreckenflüge, Bepreisung von Treibhausgasen und eindeutige Zuordenbarkeit/Zuweisung von Verantwortung von Emissionen an die jeweils emittierenden Länder. So können Anreize geschaffen werden, Lösungen für einen klimagerechteren Luftverkehr zu finden.

Mütter, Pflegerinnen, Systemerhalterinnen: Wie uns Frauen durch die Krise trugen

Besonders verschärft hat sich die Situation durch die Corona-Pandemie für viele Familien und insbesondere für Mütter. Die Schulschließungen haben nicht nur auf Kinder verheerende Auswirkungen gehabt: Frauen und vor allem Mütter sind die Verliererinnen der Corona-Schließungen.

/ Schulen zu, Schulen auf: Wie Schließungen besonders die Arbeitszeit von Müttern beeinflussen

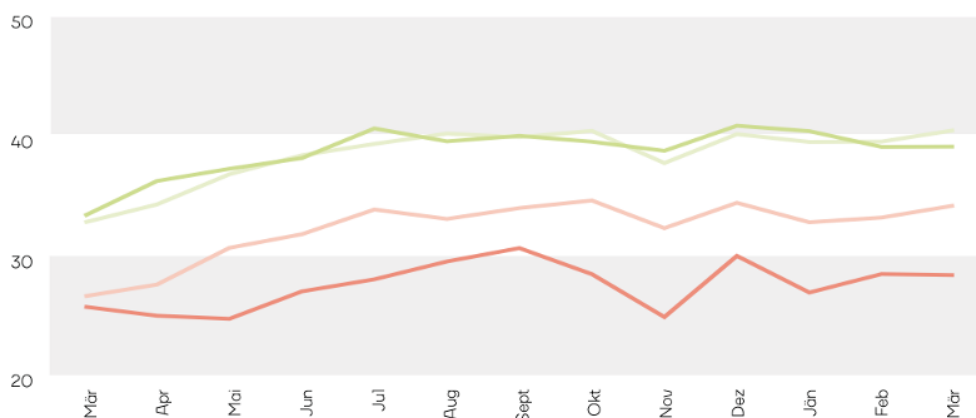
April 2021

Die Corona-Pandemie und die dadurch zusätzlich notwendige Kinderbetreuung drohen jahrzehntelange Fortschritte bei der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen rückgängig zu machen und bestehende Geschlechterrollen hinsichtlich der Aufteilung von unbezahlter Arbeit in Haushalten zu verstärken. Das Momentum Institut hat in einem Policy Brief die Auswirkungen der Schulschließungen auf die wöchentliche Arbeitszeit von Frauen und Männern untersucht. Die Folgen für Eltern waren besonders gravierend. Sie mussten mit den Schulschließungen als eine zentrale Maßnahme der Pandemie-Eindämmung in Österreich umgehen, während der Bürobetrieb kaum eingeschränkt wurde.

Die wöchentliche Arbeitszeit von Eltern und Personen ohne Kinder

Im Verlauf der Pandemie von März 2020 bis März 2021

Mütter Frauen ohne Kinder
Väter Männer ohne Kinder



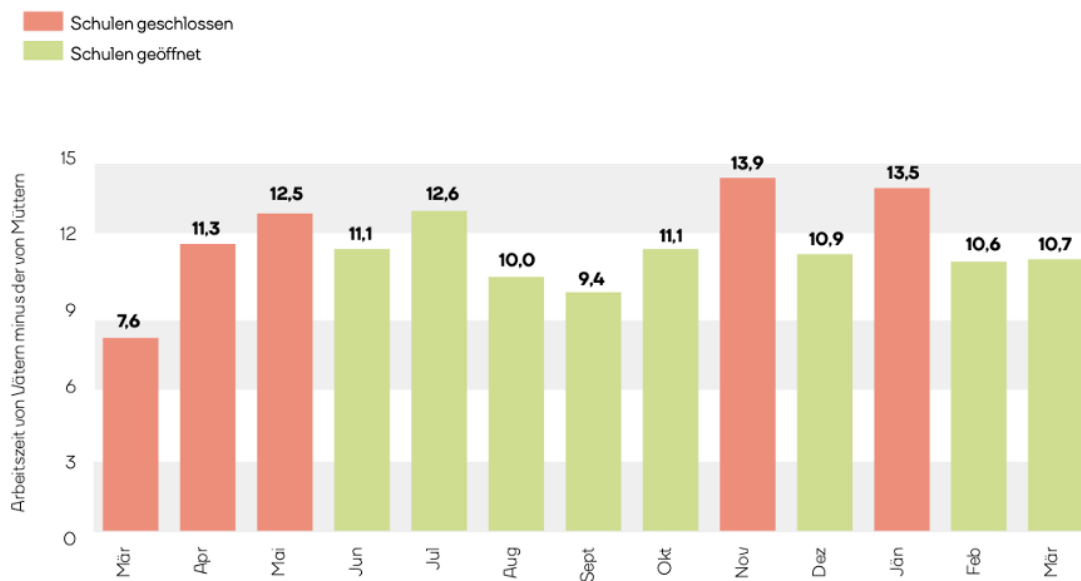
Quelle: ACP, Kittel et al. 2020

MOMENTUM
INSTITUT

Daten zeigen, dass sowohl Frauen als auch Männer ihre Arbeitszeit vor allem in den ersten Monaten der Pandemie im Frühjahr 2020 stark reduziert haben. Obwohl sich die Arbeitszeiten rund um Juli 2020 herum für alle Gruppen stabilisiert haben, steigt der Unterschied der Arbeitsstunden zwischen Müttern und Vätern in Zeiten von Schulschließungen besonders. Die Wochenarbeitszeit von Müttern sank zwischen März 2020 und März 2021 im Durchschnitt um 22 Prozent bzw. um rund 6 Stunden, wenn Schulen geschlossen waren. Im Gegensatz dazu können im selben Zeitraum für Väter keine statistisch signifikanten Veränderungen der Arbeitszeit festgestellt werden.

Differenz zwischen der Arbeitszeit von Vätern und Müttern und Schulschließungen

Im Verlauf der Pandemie von März 2020 bis März 2021



Quelle: ACP, Kittel et al. 2020

Diese Ergebnisse deuten stark darauf hin, dass die zusätzlichen Kinderbetreuungs-pflichten die bezahlte Arbeitszeit nach Geschlecht unterschiedlich beeinflusst haben. Mütter haben ihre Arbeitszeit reduziert, während die Arbeitszeit von Vätern nach der ersten Schockphase weitgehend unverändert blieb. Somit verstärkte die Corona-Pandemie vor allem mittelfristig die traditionelle Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit innerhalb der Haushalte in Österreich.

/ Empfehlungen des Momentum Instituts:

- / Sicherstellung von sicheren, flächendeckenden, umfassenden und kostenlosen Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- / Rechtsanspruch auf Elternteilzeit bei vollem Lohnausgleich
- / Gerechtere Verteilung der Arbeitszeit: Einführung einer 30-Stunden-Woche

/ Details im Policy Brief:

https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-05/momentum-institut_schul-schliessungen_policy-brief_april-2021.pdf

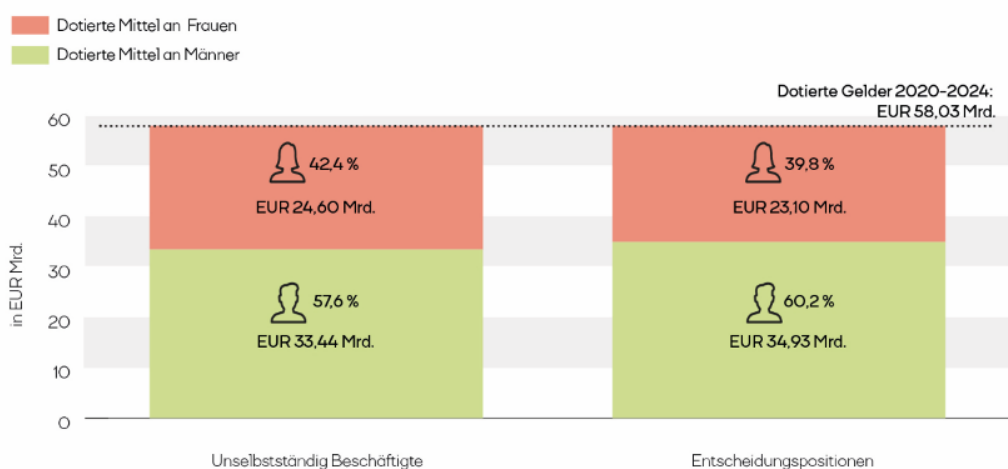
/ Paper von Lisa Hanzl & Miriam Rehm, 2021: Hanzl, L./Rehm, M. (2021). Less Work, More Labor: School Closures and Work Hours during the COVID-19 Pandemic in Austria. Ifso working paper series (No. 12). https://www.uni-due.de/imperia/md/content/soziooekonomie/ifsowp12_hanzlrehm2021.pdf

/ Dotierte Corona-Hilfen bis 2024: Männer entscheiden über 11 Mrd. mehr als Frauen

März 2021

Die finanziellen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise begünstigen Unternehmen, Arbeitnehmer:innen, Familien und Gemeinden. Ein Gender-Check der Corona-Hilfen zeigt aber, dass die Mittel Männer und Frauen unterschiedlich stark unterstützen. Von den bis 2024 mit insgesamt 58,03 Milliarden Euro dotierten analysierten Corona-Hilfen kommen nur 42,4 Prozent Frauen zugute. Von den Personen, die über die Verwendung dieser Mittel für sich selbst oder für andere entscheiden können, sind sogar nur 39,8 Prozent weiblich. In absoluten Werten heißt das, dass Männer bis 2024 über 11 Milliarden Euro mehr entscheiden als Frauen.

Dotierte Corona-Hilfen bis 2024: Männer entscheiden über EUR 11 Mrd. mehr als Frauen



Quelle: Eigene Berechnungen, Budgetdienst, BMF

MOMENTUM
INSTITUT

/ Empfehlungen des Momentum Instituts:

- / Bessere Berücksichtigung der von Frauen dominierten Bereichen im Rahmen bestehender Förderinstrumente, z.B. Trinkgeldersatz in der Gastronomie, Ausgleichszahlungen für Einkommensverluste geringfügig Beschäftigter
- / Erhöhung der Löhne im staatlichen Einflussbereich für Arbeitnehmer:innen in systemrelevanten Berufen bzw. in Berufen mit hohem Frauenanteil
- / Mehr Frauen auf Führungs- bzw. Entscheidungsebenen, z.B. verpflichtende Quoten für Frauen in Führungspositionen zumindest repräsentativ zum Beschäftigungsanteil
- / Datenlage für geschlechterspezifische Forschung verbessern, z.B. regelmäßige Veröffentlichung von genauen Geldflüssen der Corona-Maßnahmen an Männer und Frauen

/ Details im Policy Brief:

https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-03/pb_2021.04_0403_osterreichische-corona-hilfen-im-gender-check.pdf

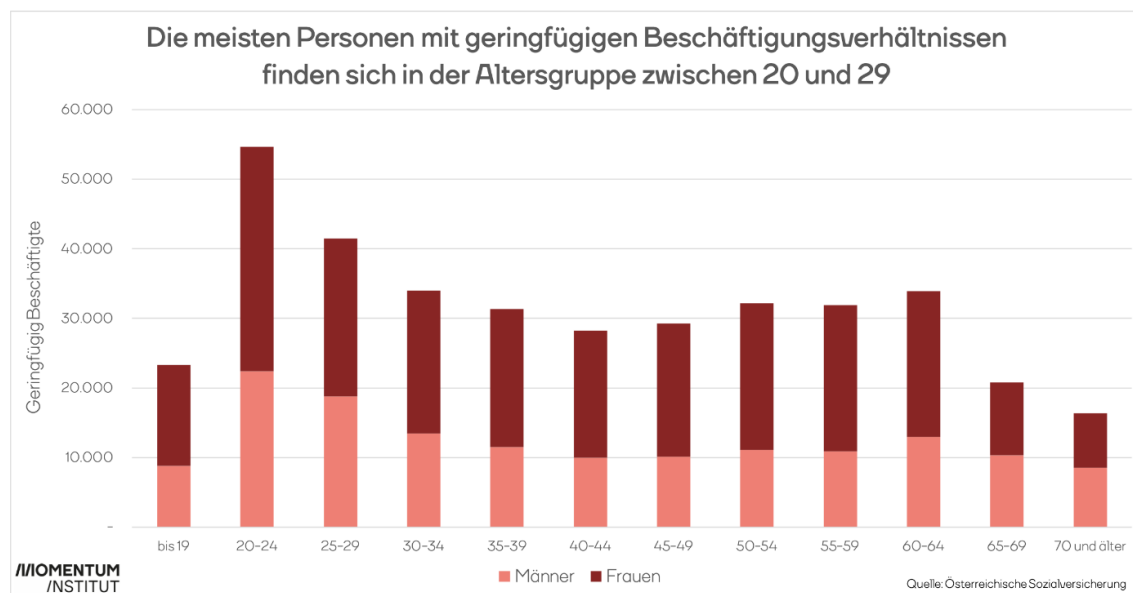
/ Geringfügig beschäftigt und mehrheitlich weiblich

April 2020

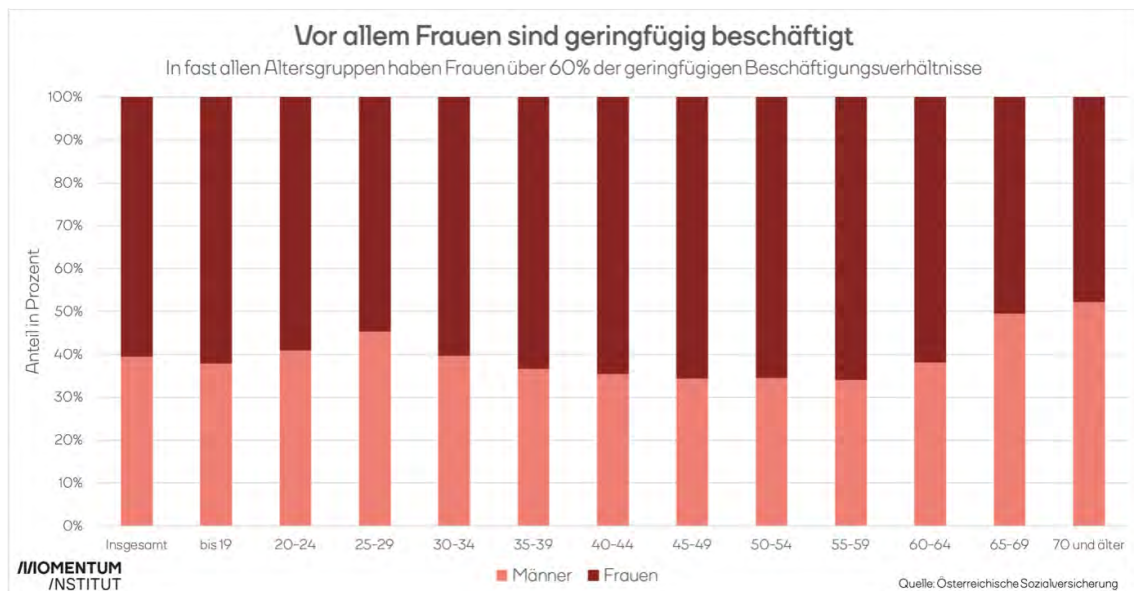
Österreichs 377.000 geringfügig Beschäftigte sind mehrheitlich weiblich und auf Grund fehlender Arbeitslosenversicherung in Corona-Zeiten ökonomisch besonders vulnerabel. Für diese Personen kann ein Jobverlust existenzbedrohend sein. Auch wenn die Corona-Krise in puncto Arbeitslosigkeit Männer stärker als Frauen trifft, waren all die Personen, die sich im März im Zuge der coronabedingten Kündigungen arbeitslos gemeldet haben, aber zumindest gegen Arbeitslosigkeit versichert und bekommen nun immerhin 55% des Nettoeinkommens des (vor)letzten Kalenderjahres (siehe hierbei auch unsere Forderung nach einer Erhöhung der Nettoersatzrate von 55 auf 70 Prozent).

Im Februar 2020 gab es allerdings laut Österreichischer Sozialversicherung 377.413 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in Österreich. Beschäftigte unter der Geringfügigkeitsgrenze von EUR 460,66 monatlich haben aber keine Arbeitslosenversicherung. Das heißt, dass beispielsweise die alleinerziehende Mutter oder der Vollzeitstudent ohne Unterstützung der Eltern, die beide auf ihre Einkünfte aus der geringfügigen Tätigkeit angewiesen sind und die im Zuge der Maßnahmen der türkis-grünen Regierung ihre Anstellung verloren haben, nun gänzlich auf dieses Einkommen verzichten müssen und in der derzeitigen Situation auch kaum Chancen haben einen neuen Job zu finden.

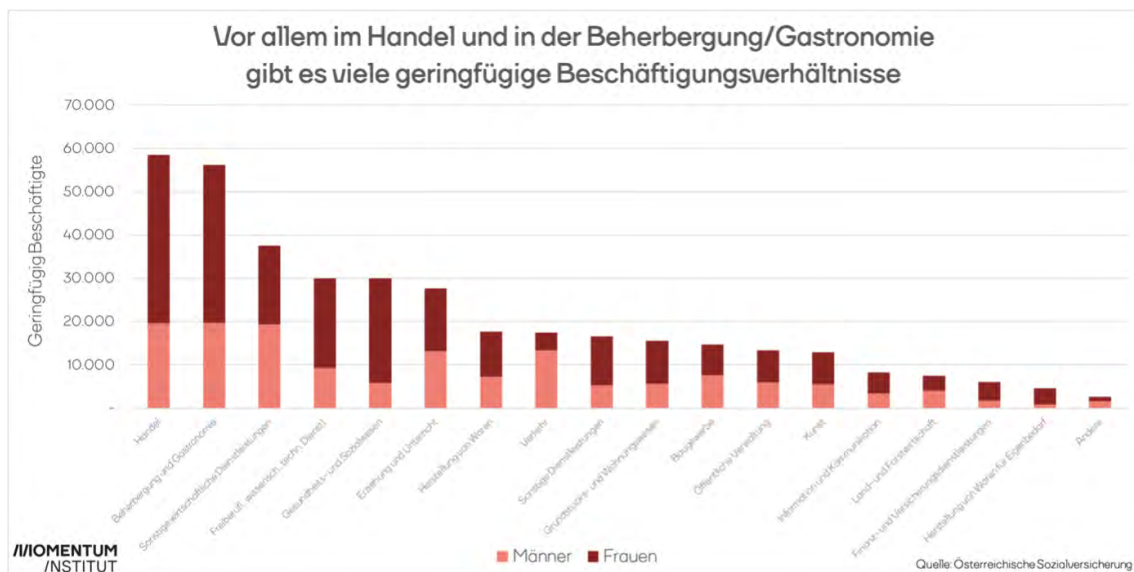
Aus den Daten der Sozialversicherung lässt sich erkennen, dass sich die meisten Personen mit geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen in den Altersgruppen von 20 bis 24 und 25 bis 29 befinden. Einen leichten Anstieg gibt es auch wieder bei den 60 bis 64-Jährigen.



Außerdem zeigt sich, dass vor allem Frauen geringfügig beschäftigt sind. In allen Altersgruppen, außer bei den über 70-Jährigen, werden mehr als 50% der geringfügigen Beschäftigungen von Frauen ausgeübt, in den meisten Altersgruppen sind es sogar über 60%.

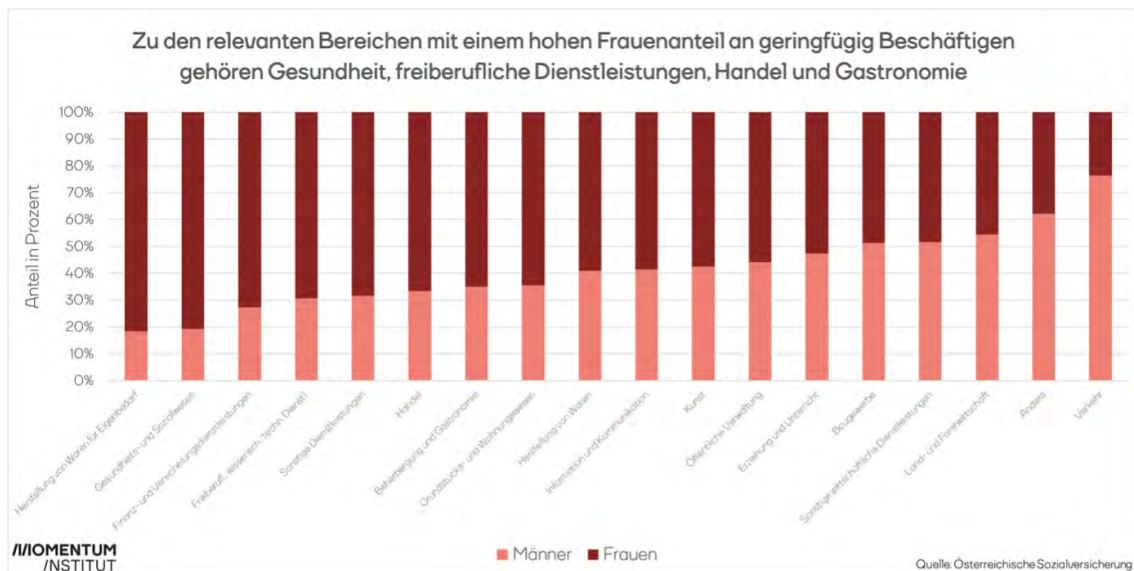


Mit Abstand die meisten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gibt es mit knapp 59.000 im Handel und mit 56.000 in der Beherbergung und Gastronomie. Gemeinsam machen diese beiden Bereiche fast ein Drittel aller geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse aus.



Und auch hier zeigt sich, dass in diesen Bereichen vor allem Frauen betroffen sind. Neben den oben bereits erwähnten Bereichen Beherbergung und Gastronomie sowie Handel gehören zu den weiteren relevanten Bereichen mit einem hohen Frauenanteil Gesundheit und Sozialwesen sowie freiberufliche, wissenschaftliche bzw. technische Dienstleistungen.

Es ist anzunehmen, dass, mit Ausnahme der Bereiche Gesundheit und Handel (hier allerdings nur der Lebensmittelhandel), Personen mit einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis nicht von den coronabedingten Kündigungen verschont bleiben werden. Auf diese ökonomisch besonders verwundbaren Personen, die bei einer Kündigung keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und auch in den Medien derzeit nur wenig Gehör finden, darf jetzt auf keinen Fall vergessen werden.



Darum fordert das Momentum Institut ein Corona-Ausgleichsgeld für alle, das unter anderem einen niederschweligen Zugang zur Mindestsicherung vorsieht, der nicht an eine Vermögensprüfung gebunden ist, sodass in dieser Krise niemand zurückgelassen wird.

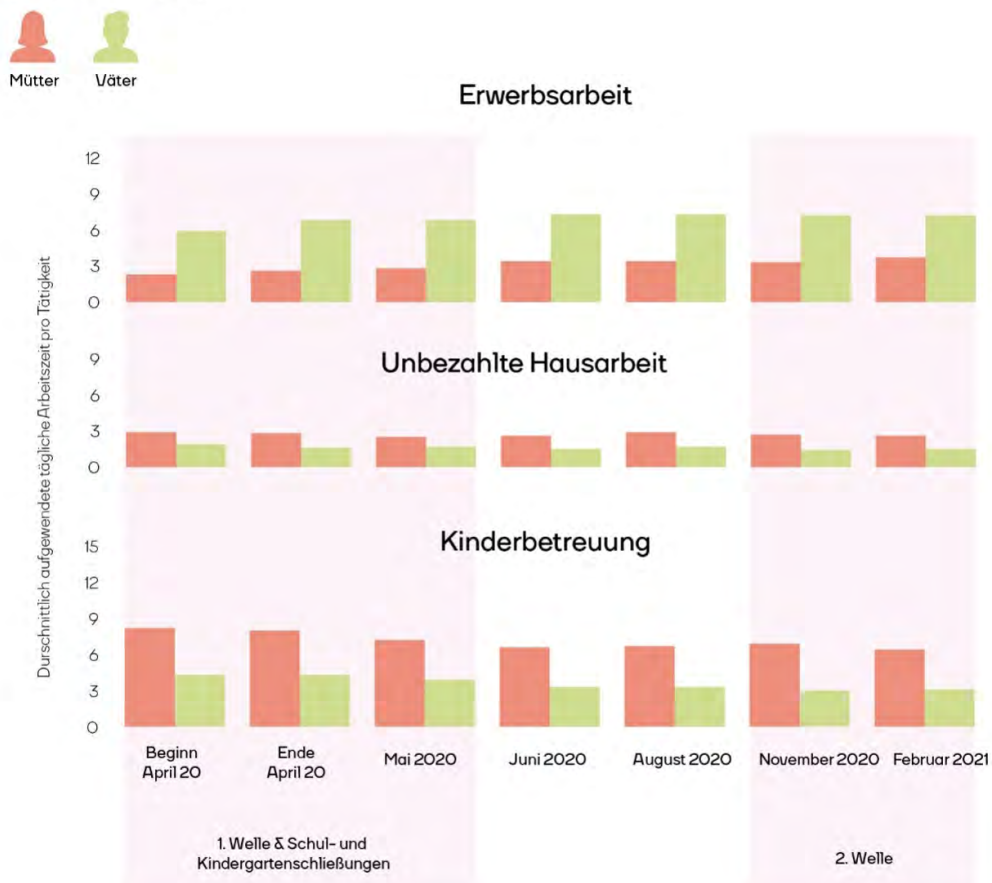
/ Policy Brief Spezial: https://www.momentum-institut.at/system/files/2020-05/20200518_pb_ausgleichsgeld-fur-die-vielen_v04.pdf

/Frauen stemmten Lockdowns und Schulschließungen

Kinderbetreuung war auch in Zeiten der Corona-Pandemie ein bedeutendes Thema. Der Löwenanteil der Betreuungspflichten während der Schul- und Kindergartenschließungen durch die Lockdowns wurde von Frauen und vor allem von Müttern übernommen. Das zeigt eine Auswertung des Austrian Corona Panel Projekts, das verschiedene Wellen der Corona-Pandemie umfasst. Während Väter im Schnitt täglich 3 Stunden mit Kinderbetreuung verbrachten, waren es bei Müttern 7 Stunden täglich. Sie waren auch mit knapp 3 Stunden im Schnitt doppelt so lang mit unbezahlter Hausarbeit beschäftigt im Vergleich zu Vätern. Beim Durchschnitt der täglich aufgewendeten Zeit für Erwerbsarbeit verhält es sich genau umgekehrt: Väter gingen knapp 7 Stunden täglich ihrer Erwerbsarbeit nach, bei Müttern waren es nur 3 Stunden im Schnitt. Während Väter also der Erwerbsarbeit nachgingen, wendeten Mütter die gleiche Zeit für Kinderbetreuung auf.

Pandemie: Mütter übernahmen Löwenanteil der Kinderbetreuung

Mütter verbrachten im Schnitt 7 Stunden täglich mit Kinderbetreuung, Väter nur 3 Stunden



Quelle: Austrian Corona Panel Project 2020/21, Wellen 2, 5, 8, 11, 14, 17, 20

/// MOMENTUM
/INSTITUT

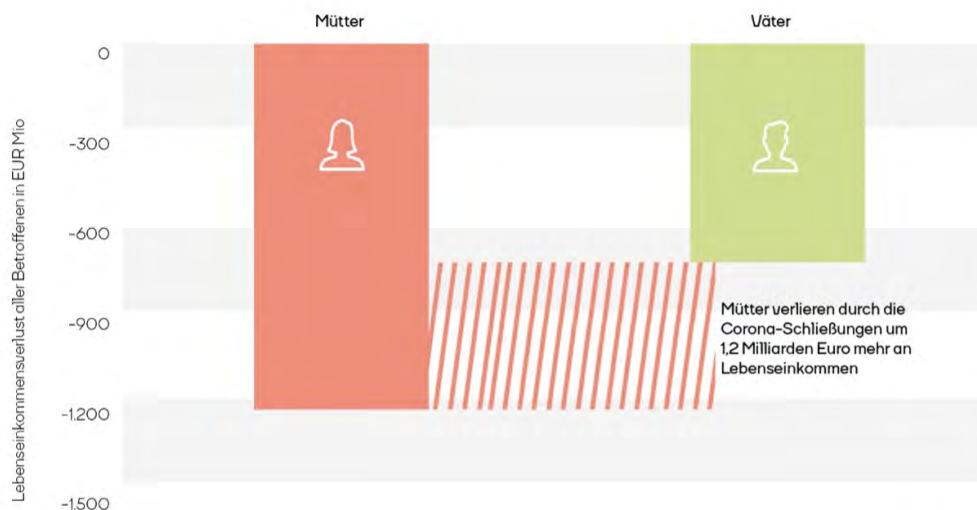
/Mütter sind die Verliererinnen der Corona-Schließungen

Für 250.000 betroffene Mütter könnte die Corona-Krise fast EUR 1,2 Mrd. mehr an Lebensseinkommensverlust bedeuten als für Männer. Die aktuelle Situation, in der wieder Mütter einspringen, verfestigt die Vorurteile gegenüber arbeitenden Müttern und ihrer Leistungsfähigkeit bzw. schmälert ihre Möglichkeit, sich so aktiv wie Kolleg:innen einzubringen, um Karriere zu machen.

/Details im Policy Brief: https://www.momentum-institut.at/system/files/2020-08/momentum_policybrief_16.2020_corona-pay-gap.pdf

Mütter sind die Verliererinnen der Corona-Pandemie

Für 250.000 betroffene Mütter bedeuten die Lockdown-Schließungen und Arbeitszeitreduktionen rund 1,2 Milliarden Euro mehr an Lebensseinkommensverlust



Quelle: Statistik Austria, Eigene Berechnungen

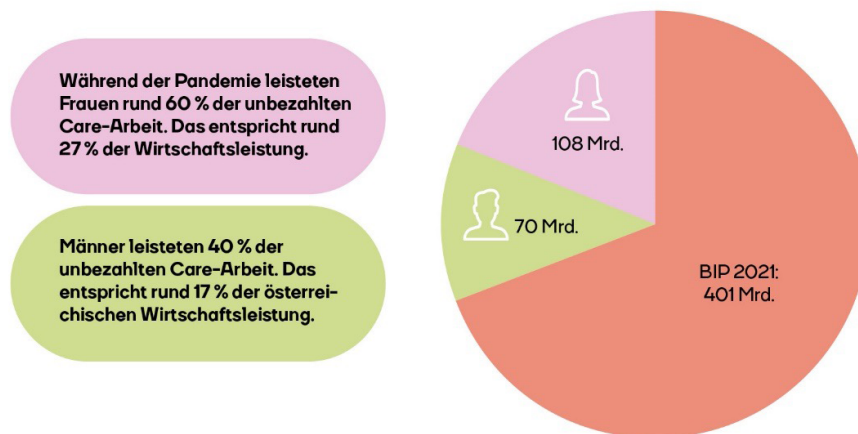
MOMENTUM
/INSTITUT

/Frauen leisten Großteil der unbezahlten Arbeit

Arbeit bleibt oft unbezahlt, besonders während der Corona-Pandemie: dazu gehören jegliche Care-Arbeitstätigkeiten wie Kinderbetreuung, Pflege und Betreuung von Angehörigen und Haushaltstätigkeiten. Wäre all die unbezahlte Arbeit, die während der Corona-Pandemie geleistet wurde in der Gesamtwertschöpfung erfasst, würde das ungefähr 44 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung entsprechen. Anteilmäßig leisteten Frauen mit 60 Prozent den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit. 108 Milliarden Euro, die Frauen aber nicht bezahlt wurden – das würde rund 27 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung entsprechen. Die unbezahlte Care-Arbeit der Männer beläuft sich auf knapp 70 Milliarden Euro, was ungefähr 17 Prozent der Wirtschaftsleistung entspricht.

Unbezahlte Arbeit während der Corona-Pandemie entspricht 44 % der österreichischen Wirtschaftsleistung

Großteil der unbezahlten Care-Arbeit wurde von Frauen geleistet



Quelle: Statistik Austria, Zeitaufwendungsdaten aus dem Austrian Corona Panel, Wellen 2-23
Anmerkungen: Der monetäre Wert der unbezahlten Arbeit wurde nach der Marktkostenmethode geschätzt.
Die Zeitaufwendungsdaten stammen aus den Wellen 2 bis 23 des Austrian Corona Panels (Zeitraum April 2020 bis Mai 2021), der ersetzte Bruttostundenlohn aus 2020.

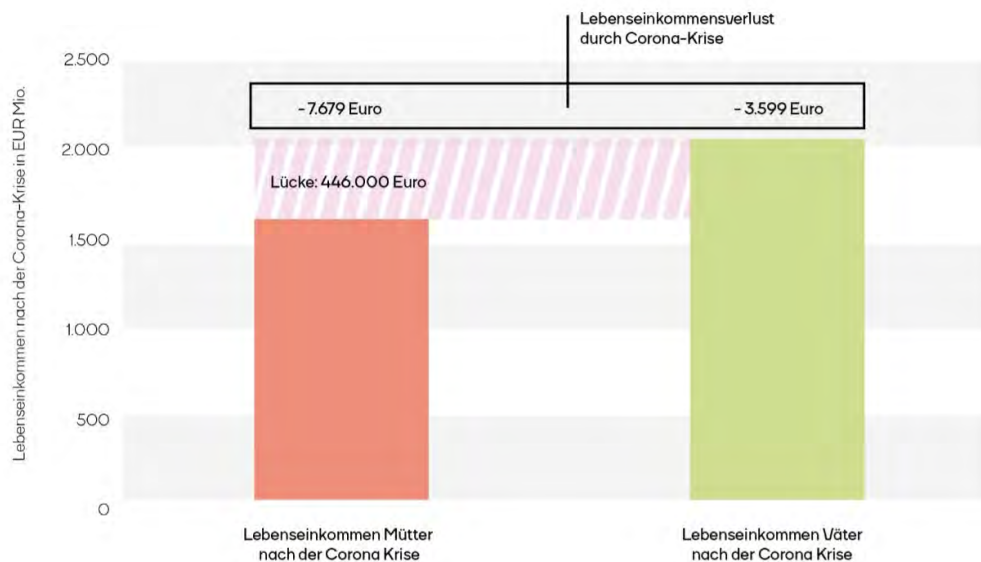
**/// MOMENTUM
INSTITUT**

/Lebenseinkommen schrumpfen

Die Schließung der Schulen im Lockdown hat nicht nur Auswirkungen auf die Kinder. Eltern – vor allem Mütter – waren und sind durch Schulschließungen überbelastet. Eine Analyse des Momentum Instituts (Hehenberger/Muckenhuber, 2020) zeigt, dass das auch langfristige Folgen haben kann: Mütter verlieren durch einen geschätzten Verdienstentgang im Durchschnitt pro Kopf 7.700 Euro an Lebenseinkommen. Bei Vätern sind es „nur“ 3.600 Euro. In absoluten Werten, auf alle Eltern verteilt, bedeutet das einen finanziellen Unterschied von rund 446 Millionen Euro im Lebenseinkommen von Müttern und Vätern.

Corona-Krise: Lebenseinkommen schrumpfen

Die Krise vermindert das potentielle Lebenseinkommen beider Geschlechter, doch das der Frauen stärker



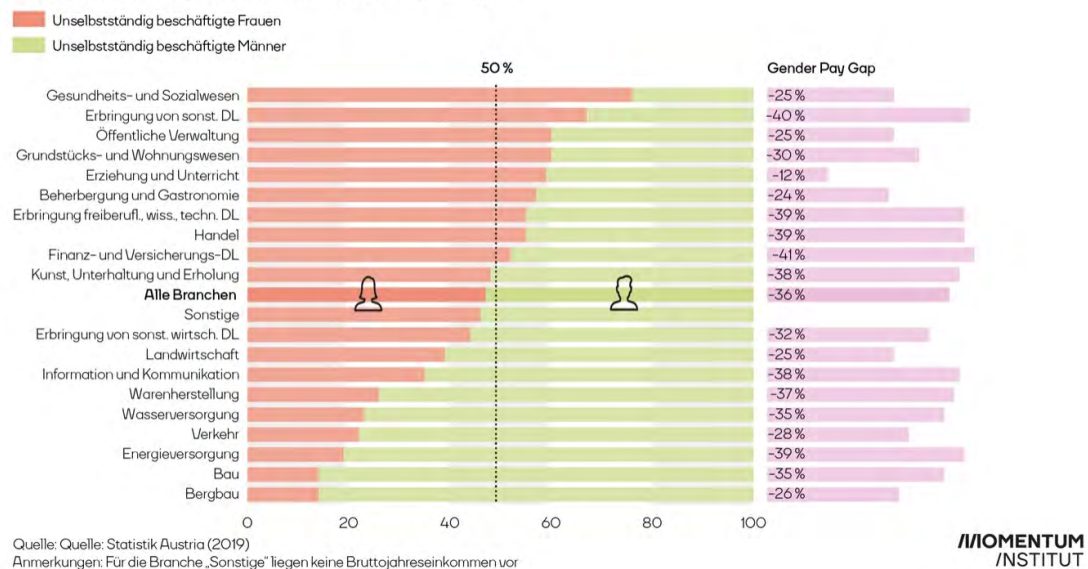
Quelle: Statistik Austria, Eigene Berechnungen

MOMENTUM
INSTITUT

/Frauenberufe sind sozial und systemrelevant

47 Prozent aller Erwerbstätigen in Österreich sind weiblich. Doch wie verteilen sie sich über die Branchen hinweg, was sind die typischen Frauenberufe und wie verhält sich das Lohn-Geschlechter-Verhältnis zwischen den Branchen? Die Branchen mit Frauenanteilen über 50 Prozent bestehen, wenig überraschend, vor allem aus sozialen und systemrelevanten Berufen. Die wenigsten unselbstständig beschäftigten Frauen gibt es im Bau und Bergbau. Der Lohnunterschied zwischen arbeitenden Frauen und Männern ist in der Finanz- und Versicherungsbranche mit 41 Prozent am höchsten. Geschlechterspezifische Unterschiede in der Beschäftigung nach Branchen haben neben dem Gender Pay Gap auch andere Auswirkungen: Zum Beispiel führt die fehlende Berücksichtigung dieser Unterschiede dazu, dass Frauen weniger von den Corona-Hilfen profitieren als Männer.

Unselbstständig Beschäftigte: Frauen stellen rund 47% aller Erwerbstätigen



/ Quellen:

/ Artikel

<https://www.momentum-institut.at/news/der-zusammenhang-zwischen-flugverkehr-corona-und-dem-klima>

<https://www.momentum-institut.at/news/die-haelfte-der-corona-arbeitslosen-erhalten-keine-einmalzahlung>

<https://www.momentum-institut.at/news/langzeitarbeitslosigkeit-neuer-rekord-verdeutlicht-handlungsbedarf>

<https://www.momentum-institut.at/news/corona-brachte-explosion-unternehmenssubventionen>

<https://www.momentum-institut.at/corona-hilfe-verteilung-oesterreich>

<https://www.momentum-institut.at/news/trotz-krise-starke-umsatz-zugewinne-teilen-des-handels>

<https://www.momentum-institut.at/news/500-tage-corona-wie-kam-oesterreich-durch-die-krise>

<https://www.momentum-institut.at/news/momentum-institut-empfehl-500-euro-impfpraemie-und-impfpflicht-ab-2022>

<https://www.momentum-institut.at/news/der-covid-misery-index-wie-schlecht-geht-es-oesterreich-im-internationalen-vergleich>

/ Grafiken

<https://www.momentum-institut.at/grafik/coronahilfe-keine-einmalzahlung-fuer-haelfte-der-arbeitslosen>

<https://www.momentum-institut.at/grafik/corona-brachte-rekordarbeitslosigkeit>

<https://www.momentum-institut.at/grafik/wie-starkt-ist-der-tourismus-den-einzelnen-bundeslaendern-durch-corona-betroffen>

<https://www.momentum-institut.at/grafik/unternehmenshilfen-seit-beginn-der-coronakrise>

<https://www.momentum-institut.at/grafik/covid-behandlungskosten-1-million-euro-pro-tag-fuer-oesterreichische-krankenhaeuser>

<https://www.momentum-institut.at/grafik/muetter-sind-die-verliererinnen-der-corona-schliessungen>

/ Policy Briefs

Hanzl, L./Rehm, M. (2021): Schulen zu, Schulen auf: Wie Schließungen besonders die Arbeitszeit von Müttern beeinflussen. Momentum Institut Policy Brief 07/2021

https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-05/momentum-institut_schulschliessungen_policy-brief_april-2021.pdf

Hehenberger, A./Muckenhuber, M. (2020): Corona-Herbst & Kinder: Frauen nicht wieder allein lassen. Momentum Institut Policy Brief 16/2020

https://www.momentum-institut.at/system/files/2020-08/momentum_policybrief_16.2020_corona-pay-gap.pdf

Hehenberger, A./Pixner, A. (2021): Österreichische Corona-Hilfen im Gender-Check. Momentum Institut Policy Brief 04/2021

https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-03/pb_2021.04_0403_oesterreichische-corona-hilfen-im-gender-check.pdf

Huber, A./Picek, O. (2021): 500 Tage Corona: Wie gut kam Österreich durch die Krise? Momentum Institut Policy Brief 08/2021

https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-07/pb-2021.08-0821-500-tage-corona_wie-gut-kam-osterreich-durch-die-krise.pdf

Muckenhuber, M./Picek, O. (2021): 188.000 Langzeitarbeitslose Ende März. Kein Ende des Rekordanstiegs. Momentum Institut Policy Brief 06/2021

https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-04/moment_policybrief_0521_20210402.pdf

Hanzl, L./Hehenberger, A./Jennwein, M./Muckenhuber, M./Picek, O. (2020): Rekord-Zunahme bei Arbeitslosigkeit: „Corona-Ausgleichsgeld“ ist notwendig. Policy Brief Spezial: Corona. https://www.momentum-institut.at/system/files/2020-05/20200518_pb_ausgleichsgeld-fur-die-vielen_v04.pdf

//IOMENTUM /INSTITUT

Märzstraße 42/1,
1150 Wien, Österreich

kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at